

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1928**

(25.8.1928) Sonderbeilage. Bericht zu den Etatberatungen 1928/30

# Sonderbeilage zur Badischen Schulzeitung

Samstag, den 25. August 1928.

## II.

### Allgemeines.

Abg. Dr. Schofer (3. Sp. 1931): Wen ich mich recht entsinne sind an uns vorbeigezogen bis jetzt mit dem jetzigen Minister 7 Kultus- und Unterrichtsminister, 3 der alten und 4 der neuen Ara. Die der alten Ara gehörten alle der juristischen Vorbildung an; aber auch schon damals hat die Frage oft eine Rolle gespielt, namentlich in Kreisen, die der Unterrichtsverwaltung angehörten, ob es nicht richtiger wäre, statt eines Juristen einen Schulmann an diesen Posten zu setzen. Die Ara seit 1918 hat zwei Schulmänner an der Spitze des Unterrichtsministeriums gesehen, zwei Männer aus dem Volke, die durch die parlamentarische Laufbahn emporgestiegen sind; der jetzige Unterrichtsminister gehört wiederum der juristischen Laufbahn an, in dem Falle nicht der richterlichen, sonder dem Verwaltungsfach. Ich habe mich an diesen Auseinandersetzungen, welches der richtige Mann auf dem Sessel eines Unterrichtsministeriums wäre, nie beteiligt. Ich habe immer sehr viel Staatsweisheit in der Meinung der Alten gefunden: Es soll der Staatsmann, der führende Staatsmann tunlichst der Kategorie der Weltweisen, der Philosophen entnommen werden (Heiterkeit). Diesem Grundsatz der Alten liegt folgender Gedanke zugrunde: Es soll der Staatsmann für die Idealwelt des Geistigen und damit des tatsächlich in der Menschheit Führenden hauptsächlich Sinn und Verständnis zeigen; denn die Umkehrung der Naturordnung ist die Begründung des Untergangs. Das war der Grundgedanke der Alten. Es soll deswegen namentlich der Staatsmann dem Kultus und Unterricht, Wissenschaft und Künste anvertraut sein, jedenfalls dieser Forderung der Alten entsprechen. Ich sage, speziell für den Staatsmann, den Minister, dem diese Fächer der Geisteswelt anvertraut sind, findet diese Forderung der Alten doppelte Begründung... Ich glaube nun, daß, wenn wir die Zeit durchprüfen, von 1918 bis jetzt — ich will nicht weiter zurückgehen —, wird man sagen können, daß in weitem Umfang diese Gedanken, die ich hier ausgesprochen habe, Rechnung getragen worden ist; denn ich glaube, daß auch im geistigen Aufbau unseres Volkes trotz der furchtbaren Zeitverhältnisse doch auch manches Gute, Ersprießliche und Anerkennenswerte geleistet worden ist...

Nur eine Bemerkung möchte ich machen; wenn ich aber „neben hinaus haue“, dann bitte ich diejenigen Herren Kollegen, die dem Lehrberufe angehören, mich zu korrigieren. — Ich meine immer, daß zu viel an Stoff in die armen Köpfe der Kinder in der Volksschule hineingestopft werden soll. Ich meine, man sollte da etwas mehr Spielraum lassen; man sollte das der Individualität des Lehrers in etwa anvertrauen, zu sehen, was er aus dem vielen sich herausholt, um daraus sich etwas zurecht zu legen (Rufe: Sehr richtig!) Und dann noch ein Zweites; auch hier bitte ich, mich zu korrigieren, wenn ich mich vergaloppieren sollte. Ich bin der Meinung, es gibt keine alleinseligmachende Methode (Abg. Hofheinz: Sehr richtig!) Ich habe mindestens von den katechetischen Methoden, die man mir vorgetragen hatte, keine genommen, sondern bin meinen eigenen Weg gegangen. Ich bin von einem Schulinspektor das erste Mal abgerüffelt worden. Dann habe ich eben einen Krach mit ihm gemacht. Daraufhin hat er mich machen lassen und ich bin meinen Weg weiter gegangen; schließlich war er auch zufrieden. Die Methode ist ein Instrument in der Hand dessen der sie anwendet; er muß selbst wissen, welche Methode für ihn die geeignetste ist, sein Ziel zu erreichen. Eine Methode aber muß da sein, darauf ist zu achten...

Abg. Haebler (S. P. D. Sp. 1945): Durch die Ausführungen des Berichterstatters zog sich wie ein dunkler Faden der Wille hindurch, an allen Positionen Abstriche und Einsparungen vorzunehmen... Wenn der Wille bestimmter Fraktionen durchgegangen wäre, dann hätten die Abstriche an manchen Punkten nahezu einen katastrophalen Charakter angenommen: Daß das verhindert werden konnte, ist zweifellos zu einem großen Teil das Verdienst der

sozialdemokratischen Fraktion, die sich bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses in der Hauptsache darauf eingestellt hatte, derartige zu weit gehende Einsparungen unmöglich zu machen...

Die Volksschule ist im neuen Staate eine viel bedeutungsvollere Einrichtung wie im alten Staat, nachdem heute das Volk der Träger des Staates ist und nicht mehr die beherrschte Masse von Untertanen. Aber das Reich hat nur sehr zaghaft damit begonnen, diesen Grundsatz der Reichsverfassung zu verwirklichen. Es schuf das Reichsgrundschulgesetz, das allerdings in der Folgezeit immer mehr durchlöchert wurde. Er verzichtete im Jahre 1923 ganz offiziell auf die Durchführung der Lehrerbildung, auf den Schulaufbau, auf das Berufsschulgesetz. In der 3. Steuernotverordnung wies es schließlich die Regelung der Schulfragen den Ländern als selbständige Aufgabe zu.

Gleichzeitig wurde die Auflösung des Reichsschulsausschusses verfügt.

Sie sehen also: Je weiter wir uns von der Zeit entfernen, in der die Verfassung geschaffen wurde, um so mehr nimmt das Reich davon Abstand, irgend etwas auf dem Gebiete der Lösung kultureller und erzieherischer Fragen zu tun...

Auch bei dem Ausbau unseres badischen Schulwesens müssen wir versuchen, eine Linie zu finden, auf der wir uns nicht noch weiter von den übrigen Ländern entfernen, sondern die uns an die übrigen Länder heranzuführt, damit diese ungeheure Zersplitterung des Schulwesens, wie sie in den deutschen Ländern besteht, auf dem Weg organischer Entwicklung allmählich beseitigt werden kann... Baden hat in der Nachkriegszeit durch seine Schulaufwandsgesetzgebung von 1923 bis 1925 dem Volksschulwesen neue Grundlagen gegeben. Diese Gesetzgebung hat sich im ganzen bewährt. Sie hat insbesondere das städtische Schulwesen vor der Zerstümmung bewahrt. Auch darüber hinaus aber verbleiben dem städtischen Schulwesen noch große Personallasten; gleichzeitig mehren sich aber gerade in den großen Städten immer stärker die Aufgaben, die die städtische Schule infolge ihrer reicheren Gliederung zu vollbringen und zu lösen hat. Wir kommen allmählich in eine immer stärkere Steigerung der Schülerziffern hinein; die Klassenstärken vergrößern sich immer mehr und überschreiten das Maß dessen, was man vom pädagogischen Standpunkt aus zu fordern und zu vertreten hat. Der Staat wird deshalb auch auf diesem Gebiete gelegentlich die Schulaufwandsgesetzgebung mit dem Ziele zu überprüfen haben, daß die gesetzlich auf einen Lehrer entfallende Zahl der Schüler weiter verringert werde. Daß die Schülerziffer, wie die badische Schulgesetzgebung von 1910 sie enthält — 70 Schüler auf einen Lehrer — heute nach jeder Richtung hin überholt ist, wird wohl von niemand bestritten werden können...

Auch hier muß dem Lehrer Spielraum bleiben nicht nur von sich persönlich aus, sondern auch aus den pädagogischen Notwendigkeiten des Unterrichts gerade seiner Schüler heraus die Methode zu finden, die am meisten jene Kräfte des Kindes entwickeln. Ich möchte deshalb an die Unterrichtsverwaltung die Bitte richten, daß sie diejenigen Beamten, die gerade nach dieser Seite hin zuständig sind — es sind das die Herren der Kreis- und Stadtschulämter — bei Gelegenheit hinweist, für diese pädagogische Aufgabe ein besonderes Verständnis zu haben. Nicht als ob ich damit sagen wollte, daß das zum großen Teil nicht schon heute der Fall wäre; ich weiß aus eigener Erfahrung heraus, daß es eine große Reihe von Aufsichtsbeamten heute auf dem Gebiete des Volksschulwesens gibt, die durchaus Verständnis haben für die Notwendigkeit der methodischen Freiheit der Lehrerschaft. Notwendig ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß man die Möglichkeit der praktischen Erprobung gibt, dort wo man gerade diese Gedanken in Versuchsschulen oder Versuchsklassen organisatorisch erproben

will — theoretisch liegt ja eine sehr reiche Literatur vor, darüber brauchen wir uns nicht zu beklagen, es gibt vielleicht schon viel zu viel. Aber es fehlt daran, daß man in der Praxis gerade diese Ideen überall dort, wo die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen gegeben sind, erproben kann. Ich möchte deshalb den Wunsch an die Unterrichtsverwaltung richten, überall dort, wo organisatorisch von einzelnen Schulverwaltungen versucht wird, auf diesem neuen Gebiete zu arbeiten, diese Arbeit zu fördern und zu unterstützen und nicht durch irgendwelche Bedenken zu hemmen...

In den badischen Schulen wird der Werkunterricht — in den Städten hauptsächlich kommt er in Frage — im wesentlichen fakultativ in den Nachmittagsstunden, zum Teil sogar in den Abendstunden erteilt. Ich möchte den dringenden Wunsch an das Ministerium richten, jede weitere Ausgestaltung des Werkunterrichts zu fördern und darauf hinzuwirken, daß man gerade dieses Gebiet etwas weiter ausbauen kann...

Nun lassen Sie mich einiges zu der Frage der Grundschule sagen. In Baden spielen die privaten Grundschulen ja keine besonders bedeutungsvolle Rolle. Auch vor dem Krieg haben sie das nicht getan: auch früher haben wir keine ausgesprochenen Vorschulen in preußischem Sinne gehabt. Ich bin der Auffassung, daß sehr vieles, was wir in Baden an Ausgeglichenheit nach mancher Richtung hin, in gesellschaftlicher und sonstiger Beziehung, als Wesensmerkmal badischer Art besitzen, der Umstand, daß man sich in Baden besser versteht, außer auf die Tatsache, daß wir eine Simultanschule haben, noch darauf zurückzuführen ist, daß man unsere Kinder auch schon vor dem Krieg nicht von vornherein klassenmäßig getrennt hat. Die Beobachtungen auch in den übrigen Ländern ergeben nun, daß überall dort, wo man in den vergangenen Jahren die Schule pädagogisch weiter entwickelt hatte, die staatlichen Grundschulen vorbildlicher arbeiten als die privaten. Mit Rücksicht darauf komme ich zu der Auffassung, daß wir nicht, wie in Freiburg, die Grundschule pädagogisch und organisatorisch zurückschrauben dürfen, sondern daß wir ein großes Interesse daran haben, die Grundschule pädagogisch auszugestalten und zwar so wirkungsvoll auszubauen, als das nur möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine andere Frage eingehen, die mit dem Übergang zu den höheren Lehranstalten nach dem dritten oder vierten Schuljahr zusammenhängt. Sie wissen: Ausnahmeweise kann ein Kind schon nach dem dritten Schuljahr der höheren Schule zugeführt werden: es sind dafür gewisse Voraussetzungen aufgestellt, auf die ich hier nicht eingehen brauche. Aber ich möchte hier an das Ministerium eine Bitte richten. Wenn es nun allgemein nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, daß unsere Jugend gesetzlich erst nach Zurücklegung des vierten Grundschuljahres in die höhere Schule übertreten darf, dann möge man die Erlaubnis, schon nach dem dritten Jahre überzutreten, wenigstens nur dann erteilen, wenn wirklich Voraussetzungen vorliegen, die das dringend notwendig machen, und wenn bei dem betreffenden Schüler auch die Voraussetzung hinsichtlich der Begabung ganz eindeutig gegeben ist...

Nur einige Worte noch zu einem anderen Problem, das zur Zeit sehr stark erörtert wird. Das ist der Ausbau der Volksschule. Ich habe vorhin eingehend darüber gesprochen, daß wir eine sehr starke Überfüllung der höheren Lehranstalten haben, und daß es wünschenswert ist, diese Überfüllung abzumildern. Wir dürfen aber dann auf der anderen Seite nicht übersehen, daß wir den Kreisen, die nach unserer Auffassung unnötig die höheren Lehranstalten besuchen, etwas bieten müssen auf dem Gebiete einer erweiterten Volksschulbildung damit sie dann den beruflichen Anforderungen Rechnung tragen können, die später an sie gestellt werden...

Ich bin der Auffassung, daß wir Einrichtungen schaffen müssen, die allen Richtungen von Begabungen zugute kommen, und daß wir, wenn wir in Baden an einen Ausbau der Volksschule nach dieser Richtung hin gehen wollen, dann versuchen müssen, gewissermaßen einen Unterbau für die Berufsschulen zu schaffen, um dann später darauf in der Richtung des Fachschulwesens aufzubauen.

Vor allem aber können wir — und damit komme ich an das sehr einfache, aber vielleicht wichtigste Problem jeder Schulreform, und vor dieser Frage stehen wir in Baden mit unserer Halbtagschule ja schon seit Jahrzehnten — eine Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Schüler und insbesondere diejenige Vertiefung des Bildungsgutes, von der vorhin gesprochen worden ist, nur dann erreichen, wenn wir ernsthaft daran denken, die Mindeststundenzahl für die Schüler zu erhöhen, namentlich bei unseren Halbtagschulen; denn das ist das Grundübel, an dem unsere ländliche Volksschule krankt...

Auch die zweite Frage müssen wir der Lösung zuführen, und das ist die Herabsetzung der auf einen Lehrer entfallenden Schülerzahl; ich habe schon vorhin kurz davon gesprochen. Wir sind heute

nun — „glücklicherweise“ möchte man sagen, wenn die Ursachen nicht so traurig wären — in der Lage, eine sehr gesunkene Schülerzahl zu haben. Aber die Zahl steigt in den nächsten Jahren; man rechnet heute, 1928, in Baden mit rund 255 000 Volksschülern, 1930 werden es schon 317 000 sein. Die Schülerzahl nimmt also langsam wieder zu. Hier sollten wir aus der Not eine Tugend machen und die Klassenbesetzung, wie wir sie jetzt auf Grund des Rückganges der Schülerzahl infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit haben, zur Grundlage einer Neuregelung nehmen. Ich weiß, daß diese Fragen in einem starken Ausmaß finanzielle Fragen sind; ich weiß, daß jetzt, im Rahmen dieses Budgets, nicht gemacht werden kann, aber ich möchte wünschen, daß man in der Unterrichtsverwaltung heute schon den Blick darauf richtet und sich jetzt schon die Unterlagen verschafft, um bei der Aufstellung des nächsten Budgets, das hoffentlich unter günstigeren finanziellen Voraussetzungen steht, nach dieser Richtung hin etwas tun zu können. Ich weiß ferner, daß man auch in den Gemeinden draußen, auch in den ländlichen Gemeinden es als sehr angenehm empfunden hat, daß die überfüllten Klassen auf dem Land nicht mehr vorhanden sind und sich daher die Lehrerschaft auch auf dem Land etwas eingehender mit den einzelnen Schülern beschäftigen kann deshalb, weil eben auch dort der Rückgang der Schülerzahl pädagogisch wertvolle Voraussetzungen geschaffen hat.

Abg. D. Mayer (Dn. Sp. 1960): Heute wird niemand bestreiten, daß der Staat Kulturstaat sein muß, und daß er Kulturaufgaben anfassend und Kulturaufgaben bewältigen muß. In der Vergangenheit — und sie liegt in mancher Hinsicht noch nicht gar weit zurück — hat sich der Staat zur Bewältigung der Kulturaufgaben vielfach der Kirchen bedient, der Religionsgemeinschaften. Er hat durch die Kirchen bekanntlich das Schulwesen betreiben lassen. Man könnte aber noch manches andere anführen als Beweis dafür. Ich erinnere daran, daß der Staat sich auch der Kirchen bedient hat um die Sittenpolizei in einem gewissen Rahmen auszuüben. Heutzutage aber ist der Staat ein bestimmender Faktor des Kulturlebens, ein bestimmender Faktor in der Volkziehung der Kulturaufgaben geworden. Das zeigt sich für jedermann vielleicht am deutlichsten gerade gegenüber der Schule. Denn der Staat hat die Schulen in seine Hand genommen, und die Hoheit des Staates erstreckt sich auf alle Schulen, von der Hochschule bis zur Volksschule. Wir finden, das ist gut und ist recht so und soll so bleiben. In der Schule soll doch jedenfalls auch die Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommen, und ich sehe nicht, wie in den Schulen die Volksgemeinschaft zum Ausdruck käme, wenn sie aus der Hand des Staates genommen würden, der doch die Bevölkerung als Volksgemeinschaft zusammenhält. Auch aus einer anderen Erwägung heraus: Die Kosten für das Schulwesen sind doch heutzutage so groß geworden, daß einzig und allein der Staat es ist, der diese Kosten aufbringen kann. Man kann aber unseres Erachtens vom Staate nicht verlangen, daß er sich dazu hergebe, bloß der Geldbeutel zu sein. Er soll von sich etwas höher denken. Jedenfalls denken wir etwas höher von ihm...

Ich begrüße aber diesen Aufbau auf der Volksschule auch aus dem Grunde, weil man nun um so mehr ein Recht hat zu verhindern, daß in den Volksschulunterricht zuviel Stoff hineingepackt wird. Diese Stoffüberfüllung, zuviel Stoff und vielerlei Stoff, das scheint mir die größte Gefahr für die Volksschule zu sein, die größte Gefahr heraufzuführen, daß die Volksschule ihren Zweck verfehlt. Da wird immer geredet von weiterem Ausbau der Oberstufe. Man sehe zu, daß man die Volksschule nicht so weit ausbaut, daß unter ihr eine Schule zweiten Ranges noch notwendig wird, weil es nicht alle tragen können in diesem jungen Alter, daß immer mehr Stoff auf Stoff auf sie gehäuft wird.

Abg. Bock (K. P. D. Sp. 2018): In Deutschland kennt man keine Schulhausneubauten als normale Erscheinung für das Zunehmen der Kinderzahl bei der Vergrößerung des Volkes, so wenig wie man den normalen Wohnungsbau kennt für die Wohnungsnot des arbeitenden Volkes. All diese Dinge kennt man nur, wenn es sich um die Interessen der höheren Klassen handelt, bei den Universitäten und Hochschulen. Das Reich hat in seinem Kultusetat so wenig Geld für Volksschulhausneubauten wie Baden dafür Geld hat, und die Schulhauskalamität ist so etwas, mit dem man sich abfindet. Es kommt auch hinzu, was der Herr Abg. Hofeinz bereits erwähnte, man geht in demselben Augenblick, wo für die gestiegene Schülerzahl die Lehrerschaft steigen müßte dazu über, im Budget den Beamtenabbau vorzusehen und damit auch für die Volksschullehrer. Es ist klar, daß die äußere Erscheinung einer Minderzahl der Lehrer eine Zahl auch minder gebildeter Lehrer, dann die fehlenden Schulräume eine sehr schlechte Auswirkung haben muß. Man hält es für selbstverständlich, daß man im Verhältnis dieselbe Summe für die kleine Zahl der Universitäten, die verhältnismäßig kleine Zahl der höheren Schulen

ausgibt und daß nicht viel größer das Budget ist, mit dem die Gesamtheit der Volksschulen in Baden sich abfinden muß...

Aber außerdem ist die Volksschule gänzlich losgelöst von dem gesellschaftlichen Sein, losgelöst von den Eltern. Der Herr Abg. Hofheinz hat sich eben schon bekreuzigt vor der selbstverständlichen Forderung der Elternräte. Ihm graut davor, er sieht darin eine Geschichte, die ihm nicht erfreulich ist, und trotzdem wäre es der allerbeste Kontakt, durch Elternräte eine Verbindung herzustellen, die den Lehrern ermöglicht, in die Wirklichkeit sozialer Ursachen hineinzuschauen, die sie als Lehrer sowieso zu spüren bekommen. Aber weil sie keine Elternräte kennen, weil ihr Lehrplan, ihr ganzer Schulaufbau nicht verbunden ist mit den sozialen Wirklichkeitsverhältnissen, aus diesem Grunde ist auch kein Erkennen der sozialen Ursachen vorhanden...

Das Volksschulelend, das ist natürlich das Elend des Proletariats, das im allgemeinen vorhanden ist, das ist die Frage der Wohnung, die Frage der Ernährung, die Frage der Kinderarbeit, die Frage der Gesundheit. Wir haben ja leider in Deutschland keine einheitliche und in Baden gar keine Statistik über die sozialen Verhältnisse der Eltern der Volksschulkinder, um übersehen zu können, was ist an sozialen Ursachen, an schrecklichen Auswirken vorhanden, wie sind die Wohnungsverhältnisse? Wie sind die Ernährungsverhältnisse? Wie sind die Bekleidungsverhältnisse? Und wie sind letzten Endes auch die Gesundheitsverhältnisse?

Gewiß, Baden ist ein „Musterstaat“, es hat auch sanitäre Politik in den Schulen, es gibt eine Gesundheitspolitik in den Schulen. Aber sie ist auch danach! Selbst wenn man die große Stadt Mannheim herausgreift, muß man feststellen, daß die Reihenuntersuchung der Schüler in den Mannheimer Volksschulen in der ganzen Schulzeit überhaupt nur zwei- bis dreimal vorgenommen wird, zwei- bis dreimal in den ganzen Schuljahren der Entwicklung! Das nennt sich eine „gesundheitsliche Kontrolle“! Noch schlimmer ist es mit den Zahnuntersuchungen, der angeblich modernen Erziehung; daß der Zahnpflege die größte Aufmerksamkeit geschenkt werde. Diese Zahnuntersuchung geschieht in Mannheim einmal in der ganzen Schulzeit. Also ich möchte sagen: Auch in diesen Nebendingen nur den äußerlichen Gesundheitszustand feststellen, ist selbst in den größten Städten nur von einer Pflege zu sprechen, die man das Gegenteil einer Schulpflege nennen muß. Nun gehen sie einmal von Mannheim bis herunter in das letzte Dorf und fragen sie dann noch, was für eine Gesundheitspflege an den badischen Schulen getrieben wird! Aber wir sind nicht im geringsten in Baden darüber informiert, wie im allgemeinen die Gesundheits- und die sozialen Zustände der Volksschulkinder bzw. ihrer Eltern sind...

Abg. von Au (W.P. Sp. 2024): Das Budget des Unterrichtswezens hat für die Wirtschaft und für die Kultur eine ganz besondere Bedeutung und Wichtigkeit. Auch wir bringen diesem Zweig der Staatsverwaltung besonderes und großes Interesse entgegen. Wenn wir trotzdem bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuß bei untergeordneten Positionen da und dort Anträge auf Abträge gestellt haben oder wenn Anträge ähnlicher Art, die von anderer Seite gestellt worden sind, unsere Zustimmung gefunden haben, so deswegen, weil in dieser Zeit der finanziellen Kollage auf allen Gebieten eine gewisse Zurückhaltung, Einschränkung und Sparsamkeit geübt werden muß. Da kann auch das wichtige Gebiet der Schule keine Ausnahmen machen...

Wenn man nun fragt, wie es kommt, daß die Entwicklung bei der Volksschule so langsam vorwärts gehen will, — die Frage ist insbesondere auch von Herrn Kollegen Hofheinz aufgeworfen worden — so möchte ich dazu folgendes sagen. Wir haben aus der jahrelangen Entwicklung die Erklärung dafür. Die große Masse an Lehrern und Schülern hat eben immer, wenn es sich um Organisationsentwicklung gehandelt hat, so große Opfer erfordert, daß leider Gottes auch in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur das Geld nie vorhanden war. Daß es heute nicht vorhanden ist, um etwa besonderen Wünschen entgegenzukommen, darüber braucht man ein Wort nicht zu verlieren. Man kann aber darauf hinweisen, daß sich unsere badische Schule — die Halbtagschule ist ja kein Ruhmesblatt — im Rahmen der Bildungsveranstaltungen in Deutschland schon sehen lassen kann, wenn auch manche Wünsche noch übrig sind. Wir hoffen, daß, wenn die Wirtschaftslage sich verbessert hat, auch auf diesem Gebiete wieder Fortschritte zu verzeichnen sind. Da die Organisation der Schule nicht das allein Grundlegende und Ausschlaggebende ist, sondern da die Persönlichkeiten, die Lehrenden im Mittelpunkt der Erziehungsarbeit stehen, so darf darauf verwiesen werden, daß wir doch auch auf dem Gebiet der Lehrerbildung, wenn es auch noch so sehr angefochten wird, einen schönen Schritt vorwärts gemacht haben. Und wenn hier der Staatsmann bei den betreffenden Unterrichtsmitt-

stern vor dem Philosophen und vor dem Meister der politischen Dynamik oft in den Hintergrund treten mußte, so kann man doch eines sagen: daß jedenfalls nichts geschaffen worden ist, was der Entwicklung für die Zukunft den Weg verbaut. Ich selber habe mich deshalb, wenn auch meinerseits Wünsche übrig blieben, damit zufrieden gegeben, weil die Verbindung von Allgemeinbildung und Berufsbildung in der Lehrerbildung und die Isoliertheit in der Vorbildung — Herr Dr. Schofer hat mit Recht schon auf letzteres hingewiesen — beseitigt sind. Jetzt kann es sich nur darum handeln, immer die Dinge den Bedürfnissen anzupassen. Jetzt ist es ein Leichtes, etwa das durchzuführen, was insbesondere von den Lehrerorganisationen erstrebt wird, und man kann wohl sagen, daß der Herr Abg. Hofheinz recht hat, wenn er sagt: Eines Tages wird das, was wir seit Jahrzehnten vertreten, seine Erfüllung finden — nicht in dem Sinn, daß die Volksschullehrer etwa zu Professoren gemacht werden, zu Fachwissenschaftlern, die vornehmlich Fachstudien hinter sich haben, sondern zu Volkserziehern, die auf Grund ihres Studiums in der Lage sind, aus dem Vollen zu schöpfen, die Brücken zu schlagen, die notwendig sind, um dem Kind das zu geben, worauf es heute einen Anspruch hat: als Kind des Volkes ein vollwertiges Glied der Kultur- und Volksgemeinschaft zu werden.

Ich möchte noch auf einige kleine Fragen eingehen.

Zunächst einmal: In welcher Weise ist der Volksschule, wenn wir die Organisation nicht wesentlich ändern wollen, zu helfen? Da sind es allerdings zwei Dinge, die eben wieder Geld kosten und nicht durchgeführt werden können, ohne daß die Wirtschaft die Mittel dazu bereitzustellen in der Lage ist: Es ist eine Vermehrung der Stundenzahl, die zusammenhängt mit der Beseitigung unserer Halbtagschule, und eine Verminderung der Kinderzahl, damit der Unterricht mehr und mehr individuell gestaltet werden kann. Daß dabei ein Mittelweg auf viele Jahre hinaus gesucht werden muß, und daß man den weitgehenden Wünschen, die hier erhoben werden, nicht so bald entgegenkommen kann, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit...

Nun ein Wort zu unseren Volksschulen, und zwar zu den größeren Schulkörpern in unseren Städten. Der Herr Abg. Bok hat gemeint, daß man in den Städten, selbst in Mannheim, für das körperliche Wohlbefinden der Kinder das Verständnis nicht aufbringe, das notwendig sei. Ich gebe zu, daß es im einzelnen, wie überall, noch Wünsche gibt, die der Erfüllung barren. Wer aber mit den Mannheimer Verhältnissen vertraut ist, der weiß, daß seit Jahren Mannheim auf diesem Gebiete führend war. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Kind etwa nur einmal während seiner Schulzeit eine Reihenuntersuchung beim Schularzt mitmacht. Ich bin mit den Dingen nicht mehr so im einzelnen vertraut, seit ich hier tätig bin. Aber das ist ausgeschlossen. Wir haben in Mannheim Reihenuntersuchungen, die öfters stattfinden. Jedenfalls kommt jeden Monat einmal der Schularzt mit der Schulschwester ins Schulhaus und gibt Gelegenheit, all die Kinder, bei denen irgend ein Gebrechen oder auch nur ein Mangel festzustellen ist, ihm vorzuführen. Und ähnlich ist es auch mit der Behandlung der Zähne. Ja, Herr Abg. Bok, das wird wohl nicht möglich sein, daß wir die Kinder bald noch vollständig in Ernährung nehmen in den großen Städten, vielleicht auch noch Schlafgelegenheit besorgen, lustiger als daheim in ihrer Wohnung. Das ist nicht möglich.

Minister Dr. Veers (Sp. 2037): Ich kann Sie versichern, daß dieses Bewußtsein, daß die ganze Unterrichtsverwaltung dem Wohle des Volkes zu dienen hat, auch bei allen denjenigen, die in der Unterrichtsverwaltung mitarbeiten, vom Ministerium bis hinaus zu den letzten Lehrkräften vorhanden ist, und daß diese Richtung die maßgebende ist für die Tätigkeit aller der am Unterrichtsleben Beteiligten. Das kann ich auch feststellen hinsichtlich der Standesorganisationen in der Unterrichtsverwaltung, wenn auch diese Standesorganisationen sich in den letzten Monaten in sehr starkem Maße mit den Fragen der Befoldung haben abgeben müssen, in stärkerem Maße, als auf die Dauer erträglich und gedeihlich ist. Man darf feststellen, daß die Standesorganisationen der Lehrer sowohl an den höheren wie an den Volks- und den Fachschulen es als ernste Aufgabe ansehen, sich mit dem Problem der Schule ihrerseits lebhaft zu beschäftigen, und ich darf sagen, daß wir in der Unterrichtsverwaltung im Ministerium diese Mitarbeit an den großen Aufgaben und an der Überwindung der entgegenstehenden Schwierigkeiten lebhaft begrüßen, wenn wir uns auch bewußt bleiben, daß wir die Führung in diesen Dingen in der Hand behalten müssen...

Ich glaube, auch sagen zu dürfen, daß das ganze Unterrichtswezen die richtige Einstellung zum heutigen Staat, zur Republik gefunden hat. Die Freiheit der politischen Meinung des einzelnen muß freilich unberührt bleiben, und in dieser Hinsicht soll man

nicht allzu ängstlich sein — wobei es aber unter keinen Umständen sein darf, daß die Politik in die Schule hineingetragen wird; ich spreche aus, daß ich es als eine ernste Aufgabe der Unterrichtsverwaltung ansehe, darüber zu wachen, daß das Unterrichtsleben, das für seine Zwecke von Seiten des Staates so reiche Mittel erhält, auch treu zur Republik steht; ich glaube nicht, daß wir, so wie die Dinge zur Zeit liegen, einen Grund zur Sorge in dieser Hinsicht haben...

Auch die Schuljugend bedarf der körperlichen Erziehung, und auch da wird man noch in manchem nachhelfen müssen. Ich kann nicht den Angaben des Herrn Abg. Hofheinz folgen in dem Sinne, daß ich mich dazu bekennen könnte, daß der Staat in dieser Beziehung bisher so außerordentlich wenig getan habe gegenüber den Städten. Ich glaube, da sind eben nun einmal die Rollen und die Aufgaben nach gewissem Maße verteilt. Ich darf auch feststellen, daß wir in Baden an sich mit der Zahl und der Größe der Spielplätze nicht schlecht dastehen. Gewisse Teile des Landes, insbesondere das flache Land, leiden noch unter einem gewissen Mangel an Einrichtungen, insbesondere auch an Turnhallen. Und was die Schuljugend anlangt, so sollte es für eine gedeihliche körperliche Erziehung vor allen Dingen nicht fehlen an den richtigen Lehrern, an den richtigen Lehrern für körperliche Erziehung, die man nicht beliebig aus der Zahl der übrigen Lehrer nehmen kann, und daß man dabei auch darauf Rücksicht nehmen muß, daß die männliche und die weibliche Jugend jede nach ihrer Art ihre besondere Anleitung erhält.

Wenn die Schule in die Lage kommt, diese Dinge in die Hand zu nehmen, und je mehr die Schule in die Lage kommt, sie in die Hand zu nehmen, desto größer ist die Aussicht, daß die Auswüchse vermieden werden, die für unsere Jugend recht schädlich sind, die viel leichter im Vereinsleben oder in ganz unkontrolliertem sportlichen Spielen hervortreten, und die gewiß unerfreulich sind und ganz gewiß das Schulleben beeinträchtigen. Die Schule selbst hat durchaus die Meinung, daß die sportlichen Dinge das schulisches Leben nicht überwuchern dürfen und daß sie auf den richtigen Platz gestellt werden müssen. Sie muß aber auch in der Lage sein, die Dinge wirklich selbst zu meistern, um mit dieser Meinung durchzudringen.

Was die Frage anlangt, ob die Jugend nicht viel zu sehr durch mancherlei äußerliche Einflüsse abgehalten werde vom Ernst ihrer eigentlichen Aufgabe, so kann ich das durchaus unterschreiben. Freilich sind das vielfach Dinge, denen wir kaum entgegenzuarbeiten, oder wenigstens, die wir kaum abzustellen in der Lage sind. Was die Tätigkeit von Kindern im Vereinsleben anlangt, so sind ja darüber schon längst wohl ausreichende Bestimmungen getroffen, und es ist Mißständen, die hervorgetreten sind, immer wieder nachgegangen worden. Von solchen Fällen, wie sie angeführt worden sind, daß Kinder in fünf Vereinen Mitglieder seien oder in fünf Vereinen mitmachen, ist uns bis jetzt nichts bekannt geworden. Ich glaube aber, daß, wo in dieser Hinsicht Mißstände hervorgetreten sind, auch die jetzigen Vorschriften schon den Direktoren die nötigen Mittel an die Hand geben, um das abzustellen. Freilich ist damit ja noch nicht alles geschehen. Es sind eben so viele Dinge, die von außen auf die Kinder und auf die Schule hereindrängen, daß es sehr schwer ist, dieser Zerfahrenheit entgegenzuarbeiten. Wir bemühen uns, das dadurch zu tun, daß wir es nicht mehr zulassen, wie das eine Reihe von Jahren, insbesondere nach dem Krieg der Fall war, daß immer wieder von Unbeteiligten die Schule benutzt wird, um für irgendwelche, noch so edlen Zwecke Agitation zu treiben. Man kann da nicht unterscheiden, ob der eine oder andere Zweck wirklich so vornehm ist, daß man die Schule zur Verfügung stellen kann. Sowie man es für den einen Zweck tut, folgen andere Dinge nach, und man erlebt es dann sehr schnell, wie es zeitweise war, daß immer wieder in der Schule Vorträge und Sammlungen für Dinge veranstaltet werden, die eigentlich der Schule fernliegen.

Die Schule soll für sich allein bleiben, sie soll von äußeren Einflüssen möglichst verschont werden, wenigstens soweit es an uns liegt. Denn es sind die Einflüsse des täglichen Lebens, insbesondere in den großen Städten, noch immer schlimm genug, weit gesteigert als früher, und es leidet die Schule auch darunter, daß man ihr immer wieder neue Aufgaben zumutet. Jeder kommt mit neuen Anforderungen und jeder glaubt, daß die Schule noch andere Dinge müsse leisten können, als sie es bisher getan hat. In weit höherem Maße, als das früher der Fall war, muß sich die Schule um die ganze Erziehung der Kinder kümmern; sie darf sich keineswegs mehr in dem Umfang, wie sie es früher konnte, darauf verlassen, daß das alles oder zu einem weitaus größten Teil im Elternhaus geschehe; sie muß sich bemühen, bei all dem mit dem Elternhaus in Verbindung zu bleiben. Ich bin durchaus der Meinung, daß, wenn auch die bisherigen Erfahrungen mit den Elternräten und Elternabenden nicht immer die glücklichsten

waren, wenn auch da eine gewisse Stumpfsheit auf Seiten der Eltern leider festzustellen war, die Schule ihr Bemühen nicht aufgeben darf, auf allen denkbaren Wegen mit den Eltern in reger Fühlung zu bleiben (Sehr richtig! beim Zentrum).

Dr. Schofer (S. Sp. 2052): Der Herr Kollege Hofheinz hat von den „Schulentlassungsfeiern“ gesprochen: es ist das ein Stück, das hineingehört in dasjenige, was ich soeben behandelt habe. Ich bin ein Freund dieser Feiern, und es ist, glaube ich, ein Zeichen hohen psychologischen Verständnisses, wenn die Kirche hier beim Abschluß der Volksschule ihrerseits eine solenne Feier veranstaltet hat und veranstaltet. Dem steht aber gar nichts im Wege, daß man auch von der Schule aus eine Feier veranstaltet, das Ideal wäre mir dort, wo es am Platze ist, daß man Hand in Hand und nicht im Konkurrenzverfahren die Dinge erledigt (Zwischenruf des Abg. Hofheinz). Ich sage, kein Konkurrenzverfahren, sondern Hand in Hand (Abg. Hofheinz): Jawohl, da gibt es nichts zu sagen). Gut, nun sollte man glauben, daß die Wege von hüten und drüben nicht so weit voneinander wären und man den Weg zueinander finden könnte. Diese Bemerkung habe ich unabhängig von der einen wie von der anderen Seite gemacht. (Abg. Haebler: Im Frankenland ist der taktische Weg auch weiter als der geographische). Meinen Sie das? Ich glaube nicht. Ich glaube, so viel ich mich auskenne im Lande, daß der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist, und daß es nur der maßgebenden Faktoren bedarf, daß man miteinander redet und einen Weg sucht und findet. (Zuruf.) „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, wird mir eben zugerufen; dieses Sprichwort ist richtig.

Aus denselben Erwägungen heraus möchte ich auch ein Wort sagen zu dem was der Herr Abg. Hofheinz über den „Organisationsdienst“ ausgeführt hat. Ich habe in meinen letzten Ausführungen gesagt, daß eines der Hauptfordernisse für den Lehrer sein soll auch „die Verwurzelung im Volke“. Ein Mittel, das zu erreichen, und zwar ein ganz hervorragendes Mittel liegt auch in diesen Wahrnehmungen, von denen hier die Rede ist, im Organisationsdienst. Ich kann mir nichts Schöneres und Erhabeneres denken als hier diesen Dienst in der Mitte des Volkes in heiligster Stunde. Herr Abg. Hofheinz, ich habe einmal, als ich vom Felde heimkam, es war am letzten Sonntag im Dezember 1918, in einer Schwarzwaldgemeinde meinen Gottesdienst am Seitenaltar abgehalten, während die Kindern mit ihren Eltern zu einem guten Teil da waren und ein alter ausgedienter, pensionierter Lehrer droben auf der Orgel seinen Dienst tat; sie sangen miteinander die wundervollen Weihnachtslieder mit ihren Silberstimmen, eine neue Offenbarung für uns, die wir 4 Jahre draußen gewesen sind. Als ich diese Lieder zum erstenmal wieder in der damaligen surstbaren Lage gehört habe, habe ich mir gesagt, was ist es doch Großes, wenn ein Lehrer mit seiner Gemeinde zusammen im heiligsten Dienst arbeitet, dem Höchsten dient und damit den Frieden Gottes in die Gemeinde und in die Seelen herunter holt. Ich habe mir dort gesagt, dieser Mann mag in 5, 6 oder 10 Jahren draußen auf dem Friedhof liegen, aber was er geschaffen hat in den Kinderseelen und auch in den Seelen der Eltern, das wird fortleben, solange die Kinder hier hüten sind, und sie werden einstens am Throne Gottes ein lebendiges Denkmal sein für die Wirksamkeit eines einsamen, schlichten Lehrers in harter Zeit unseres Volkes (Beifall im Zentrum). Damit will ich die Freiheit, die hier walten soll, gar nicht antühren (Abg. Hofheinz: Sehr gut, dort liegt es, nicht in der Mitwirkung, dagegen ist kein Wort zu sagen!). Ich habe Sie nicht kritisiert, sondern wollte nur auf diese Momente hinweisen. Es besteht kein Zwang, und es soll keiner bestehen, sondern es soll die große Idee und das große Ideal maßgebend sein. Nun möchte ich glauben, daß auch in den neuen Lehrerbildungsanstalten die Möglichkeit geboten sein soll — nicht nur die Möglichkeit, daß darüber hinaus dafür Sorge getragen sein sollte —, daß diese erhabene Mission im Dienste des Volkes auch auf ihre Rechnung kommt, und nicht zum Schaden der Schule, sondern zum Nutzen von Schule und Lehrer.

Abg. Graf (S. P. D. Sp. 2062): In der Hauptsache habe ich mich deswegen zum Wort gemeldet, weil es mir wichtig ist, noch einige Worte zur Volksschule und zu den Fachschulen zu sagen. Mit Recht ist betont worden, daß eine allzustarke Anhäufung des Unterrichtsstoffes in den Volksschulen diesen zum Verhängnis werden kann. Die Volksschule soll weiter erhalten werden wie sie war; denn Volksschüler, die dann nach der Schulentlassung ins wirtschaftliche Leben eingetreten sind, waren nicht immer die schlechtesten. Wir müssen jedoch bei dieser Frage noch etwas anderes bedenken, und das liegt in dem Umstand, daß eigentlich nächstens schon für den Lehrling eines Handwerks die Vorbildung einer höheren Schule verlangt wird (Sehr richtig!) Es ist ja gar nicht selten, daß wenn zum Beispiel ein schulentlassenes Mädchen

den Beruf einer Verkäuferin ergreifen will, nur die ausgesucht werden, die im Gymnasium oder in der Realschule oder einer sonstigen höheren Lehranstalt waren. Die Volksschülerin würde nicht berücksichtigt. Auch bei den Knaben ist das vielfach der Fall. Es ist auf die Schulentlassungsfeiern hingewiesen worden, ja da fällt ein bitterer Wermuthstropfen in den Becher dieser Feiern, wenn man nicht weiß, wohin man den Schulentlassenen in die Lehre tun soll. Alle Wege sind verstopft, um diese Volksschüler überhaupt in eine Lehre zu bringen. Es müßte also die Einsicht Platz greifen, daß wenn man auf der einen Seite die höheren Lehranstalten entlasten und auf der anderen Seite die Anhäufung des Unterrichtsstoffes in den Volksschulen vermeiden will, daß auch der Volksschüler wieder zu seinem Recht kommt. Eine abgeschlossene Volksschulbildung ist viel besser als eine halbverbildete Schulbildung in den höheren Lehranstalten (Lebhaftes Sehr richtig!). Aber dieser gesunde Gedanke scheint nicht mehr so Platz zu greifen, und deswegen muß es in aller Öffentlichkeit gesagt werden, auch an die Kreise der Wirtschaft, die die Schulentlassenen in die kaufmännische und sonstige Lehre aufnehmen, daß der Volksschüler gar nicht zu verachten ist, sondern daß er sehr oft sehr brauchbar ist und sehr gut angelehrt werden kann. . .

Es ist heute früh vom Herrn Abg. Dr. Schofer gesagt worden, daß über die Schule die Sonne scheinen müsse. Solange aber für das leibliche Wohl vieler Volksschüler nicht gesorgt ist, solange wird diese Sonne die Wirkung nicht haben, bei aller Anerkennung der Leistungen der Schule auf pädagogischem und erzieherischem Gebiet. Der Erfolg leidet darunter, daß in den Städten und auch heute in den Dörfern zahlreiche Kinder kommen, die nicht genügend Nahrung und nicht genügend Kleidung haben. Solange wir diese leibliche Not nicht bekämpfen und überwinden können, solange wird auch der Erfolg in der Schule nicht der sein, den wir wünschen. Wir bitten die Regierung, daß sie besonders auch darin weiter tätig ist im Zusammenhang mit den Städten und mit den Gemeinden; es ist ja hier nicht die volle Aufgabe der Regierung sondern auch der Städte, der kommunalen Behörden, die helfend und lindernd eingreifen müssen. Die Mittel können zur Zeit in diesem Budget, das zum Teil erheblich herabgestrichen ist, trotz der Anträge wie sie die Kommunisten gestellt haben, und die ich sehr begreifen kann und die mir auch sympathisch sind, nicht erreicht werden. Was wir tun können ist das, für die Zukunft zu sehen, Mittel aufzubringen im Verein zwischen Staat und Städten. Diese große Pflicht besteht ja nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden und Städte.

Minister Dr. Leers (Sp. 2080): Was die Lehrerschaft im Volksschulleben selbst anlangt, so darf ich von ihr ganz besonders noch sagen, daß sie lebhaft mitarbeitet an der Lösung der zahlreichen Probleme, die die Volksschule uns immer wieder bringt. Wir helfen gerne, sie zu dieser Mitarbeit zu befähigen, indem wir die Fortbildung der Lehrer draußen unterstützen und es auch ermöglichen wollen, daß die Lehrer in kleinen Zirkeln zusammen mit dem Kreislehrer Fragen des schulischen Lebens erörtern.

Es ist nicht richtig, wie gesagt worden ist, daß man den Lehrern in der Methodik bindende Vorschriften mache. Wir kennen keine Vorschriften weder in Verordnungen, noch in Erlassen, die den Lehrern nicht eine weitgehende methodische Freiheit gewähren würden.

Es ist nötig, an dieser Stelle auch hervorzuheben, daß wir nicht anerkennen können, daß die Pflege der Volksschule nur in der Stadt und nicht auf dem Lande von Wichtigkeit sei. Gewiß ist es rühmend, was in den Städten auch durch die finanziellen Opfer der Städte zum Ausbau der Volksschule geschehen konnte, aber wir müssen uns dabei doch bewußt bleiben, daß die Volksschulen draußen auf dem flachen Lande von unendlicher Wichtigkeit bleiben, und es deshalb nicht angeht, daß man die Lehrer, die der mühsamen Arbeit des Volksschulunterrichts auf dem Lande sich unterziehen, deswegen als eine Kategorie anderer Art behandelt und betrachtet als die Lehrer in der Stadt, wobei ich gerne zugebe, daß manche Aufgaben in der Stadt außerordentlich schwer und drückend sind. . .

Ich bin sehr froh, daß der Landtag oder bis jetzt wenigstens der Haushaltsausschuß sich entschlossen hat, die Mittel für den Bau von Schulhäusern, für die Unterstützung von Gemeinden für den Bau von Schulhäusern zu erhöhen. Es ist schon so, daß es draußen manchmal kaum mehr verantwortet werden kann, in was für Schulräume wir den Lehrer und die Kinder Tag für Tag zusammensetzen. Es ist das kein Vorwurf gegen irgend jemand, es sind dies Dinge, die durch den Krieg in Rückstand gekommen sind, aber es muß unbedingt vorwärts gemacht werden, und es sind viele Gemeinden leider Gottes nicht in der Lage, ohne eine kräftige Hilfe des Staates etwas zu leisten (Abg. Hertle: Sehr richtig!).

Wenn davon gesprochen worden ist, daß die Zahl der Kinder in den nächsten Schuljahren wieder zunehme, so ist das etwas, was wir durchaus beachten, und was selbstverständlich dazu führen muß, daß man sehr vorsichtig zu sein hat mit der etwaigen Einschränkung von Lehrerstellen auf Grund vorübergehenden Herabsinkens der Kinderzahlen, weil man damit in das Schulleben immer tief eingreift. . .

Aber die Gesundheitspflege in den Schulen sind von dem Herrn Abg. Bock Bemerkungen gemacht worden. Es ist von anderer Seite schon darauf hingewiesen worden, daß seine Zahlen hinsichtlich der Mannheimer schulärztlichen Behandlung nicht zutreffend sein können. Ich habe die Zahlen eingesehen. Es ist nicht so, daß dort in jedem Jahre eine so geringe Zahl Kinder untersucht werden. Es wurden neben den normalen Reihenuntersuchungen eine Menge Untersuchungen durch die Musterungen für die Erholungsfürsorge und andere Zwecke vorgenommen. Bei den zahnärztlichen Untersuchungen geht neben der fachärztlichen Untersuchung eine Zahnuntersuchung durch den Schularzt. Man kann gewiß diese Dinge nicht als geringwertig bezeichnen. Wir wissen freilich, daß es im übrigen Lande keineswegs so ist, wie in Mannheim, und daß wir in dieser Beziehung nicht alles auf einmal machen können. Das Material, das der Herr Abg. Bock zum Vergleich gebracht hat — und das auf Berliner Verhältnissen beruht — ist absolut nicht dazu geeignet, daraus Schlüsse für Baden zu ziehen (Rufe von der komm. Gruppe: Die Feststellungen sind aber im Mannheimer Schulausschuß gemacht worden!). Wenn diese Feststellungen im Mannheimer Schulausschuß gemacht worden sind, dann kann ich nur meine Verwunderung darüber aussprechen, daß der Ausschuß in den Bericht seines eigenen Schularztes nicht hineingeschaut hat! (erneute Zurufe) oder aber er hat die Zahlen nicht gelesen, die in dem amtlichen Bericht selbst niedergelegt sind.

Daß die Sirkenschulen nicht erfreulich sind, ist eine alte und in diesem Hause schon oft beklagte Tatsache. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die nicht mit einem einzigen Federstrich erledigt werden kann (Zuruf: Es sind aber schon Jahrzehnte!); man kann nur in zähen Bemühungen immer wieder bestrebt sein, sie zu erledigen, wenn man nicht allzugroße Widerstände hervorrufen und sich dadurch schließlich seinen ganzen Erfolg gefährden will.

Daß in den Schulen Entlassungsfeiern stattfinden, ist etwas, wofür an und für sich in der Schulordnung die Basis gegeben ist. Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Entlassungsfeiern weiter ausgebaut würden; selbstverständlich kann man nur seine Freude darüber äußern, wenn nicht zweierlei Entlassungsfeiern stattfinden, sondern nur eine einheitliche.

Schließlich hat der Herr Abg. Hofheinz bei seinen Ausführungen sich noch darnach erkundigt, wie es mit dem längst zugesagten Gesetz über Erziehung und Unterricht nicht vollsinniger Kinder stehe. Daraufhin darf ich antworten, daß die Vorarbeiten zu diesem Gesetz soweit gediehen sind, daß wir in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen könnten. Bis jetzt habe ich nur deshalb davon abgesehen, weil ich glaube, es seien die lehtvergangenen Monate und die Tage bis in den heutigen herein derartig von Zahlen belastet gewesen, daß wohl nicht die richtige Stimmung vermutet werden dürfte für die Behandlung eines Gesetzes mehr kultureller und sozialer Art, also für eine Behandlung, wie ich sie für das Schicksal dieses Gesetzes gerne gewünscht hätte.

Abg. Obkircher (D. B. P. Sp. 2113): Und ganz zum Schluß eine Frage: Welche Erfahrungen man damit gemacht hat, daß jetzt, soviel ich weiß, da und dort die Genehmigung erteilt ist — im Gegensatz zu früher —, daß klassenweise und etwa tageweise in den Schülerheimen, in den Ferienheimen Unterricht erteilt wird. Ich weiß das wenigstens von Freiburg; dort haben ja die verschiedenen Schulen ihre besonderen Heime auf dem Schauinsland und da und dort. Es scheint jetzt gestattet, daß die Klassen einmal auf ein paar Tage hinausgehen und dort von einem Lehrer unterrichtet werden, um dann erfrischt wieder zurückzukommen. Es würde mich interessieren, ob die Schulverwaltung damit gute Erfahrung gemacht hat. Ich persönlich bin durchaus ein Freund dieser Art des Unterrichts und bin der Meinung, daß bei diesem Tag Unterricht unter Umständen mehr herauskommt als in sehr viel längerer Zeit bei einem Unterricht, der zu Hause in der Klasse erteilt wird. Freilich darf es nicht zu häufig geschehen.

Minister Dr. Leers (Sp. 2114): Wenn mich der Herr Abg. Obkircher nicht direkt um Auskunft gebeten hätte, dann würde ich darüber nichts gesprochen haben, zumal ich mir von vornherein bewußt war, daß seine — mir an sich erfreuliche — Zustimmung nicht ein unbedingt zustimmendes Echo auf der anderen Seite des Hauses findet (Abg. Dr. Först: Sehr richtig!), so, daß ich dieses zarte Pflänzlein am liebsten gar nicht berührt hätte (Abg.

Dr. Föhr: Experiment!). Ich möchte aber sagen: Ich habe an sich, in Übereinstimmung mit einer Reihe von Schulmännern, die Meinung, daß sehr viel Gutes herauskommen kann (Zwischenrufe vom Zentrum: Kann! Könnte!). Ich bin mir aber auch bewußt, daß die Sache ihre Gefahren in sich birgt (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!) und daß wir deshalb nur sehr langsam und sehr vorsichtig und nur da vorwärts gehen können, wo die ganz hervorragende Qualität der Schulmänner, die sich darum kümmern, uns eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß das Experiment nicht zu groß ist.

Dr. Wolfhard (D. d. P. Sp. 2117): Es ist die Frage der Landheime angeschnitten worden. Ich glaube, die Frage der Landheime muß je nach den Standortbedingungen verschieden aufgefaßt werden, je nachdem, ob wie in den Großstädten Menschenzusammenballungen meist in wenig schöner Landschaft vorliegen, oder ob die jungen Leute ständig in einer schönen Natur leben können. Gerade in Mannheim, in der Stadt, die in Baden die größte Bevölkerungsziffer hat, muß den Kindern Gelegenheit gegeben sein, in der freien Natur sich zu bewegen. Wenn Sie bei den von Mannheimer Mittelschulen umgebauten Bauernhöfen in Buchlingen, Oberfinkenbach, Schönau i. D., wo die alte Lochmühle zu einem wunderschönen Jugendheim umgebaut worden ist, oder in Waibstadt, wo die Feudenheimvolkschule ein herrliches Landheim bezogen hat, vorüberkommen, werden Sie sehen, wie bei der dort untergebrachten Jugend viele in der Tat zum erstenmal ein richtiges Tal, Wald und Berge gesehen haben, und wie diese Kinder sich freuen, ein paar Tage oder wenn das Glück günstig ist, eine Woche oder mehr dort ihren Aufenthalt nehmen zu können, so werden sie eine andere Meinung von dem Werte solcher Landheime bekommen. Gott sei Dank ist die Unterbringung der Schüler nicht vom Geldbeutel der Eltern allein abhängig, sondern es finden sich immer Mittel und Wege, daß Minderbemittelte durch Beihilfen der Stadt oder von anderer Seite dort hinkommen können. Sie dürfen die Bewegung, die im Gange ist, nicht flügelahm machen dadurch, daß man an die Auswüchse erinnert. Es ist in früheren Zeiten wohl den meisten von uns beschieden gewesen, daß wir als Muli zum erstenmal eine größere Fahrt durch die Fluren des Heimatlandes machen konnten. Das ist heute anders geworden, die jungen Leute haben keinen gespickten Geldbeutel, sondern sie verbrauchen ihre gesparten Pfennige, wenn sie von Jugendherberge zu Jugendherberge wandern und für billiges Geld ein schönes Stück Natur sehen wollen.

Abg. Haebler (S. P. D. Sp. 2121): Nun noch eine Bemerkung zu der Frage der Schullandheime. In Norddeutschland, vor allem in den großen Städten, haben die Schulen fast durchweg Landheime, in die die Schüler klassenweise und zwar auf längere Zeit hinausgehen, dort miteinander leben und unterrichtet werden. Der Herr Abg. Wolfhard hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit der Schullandheime eng verbunden ist mit der Voraussetzung der Großstadt, und ich glaube, es ist außerordentlich wertvoll für unsere Jugend in den Großstädten diese Möglichkeit zu haben. Ich glaube auch, daß dort der Unterricht viel mehr im Sinne einer Konzentration, von der der Herr Abg. Dr. Schofer in seiner Rede gesprochen hat, erteilt werden kann, als in den Großstädten, wo all das Verwirrende und das Bekehende Leben, das uns umgibt, immer wieder störend in die geistige Arbeit der Jugend hineingreift.

Und nun noch ein Wort zu den Wanderungen. Die Wander- wie Landheimbewegung ist herausgewachsen aus der Jugendbewegung als solcher, und die Jugendbewegung ist in ihrem tiefsten Kern ein Trieb der Jugend zur Einfachheit, und ich glaube, soweit ich die Dinge überblicken kann, wird es wohl richtig sein, wenn ich sage, all diese Schülerausflüge sind in ihrem tiefsten Sinn auf den Gedanken der Einfachheit eingestellt. Und wenn wirklich einmal Auswüchse vorkommen sollten, so bin ich der Ansicht, daß es dann Aufgabe des Ministeriums ist, im Einzelfall derartigen Auswüchsen entgegen zu wirken.

Abg. Verberich (J. Sp. 2170): Wenn ich mir so den Betrieb in der Volksschule anschau, so drängt sich mir immer und immer wieder der Eindruck auf, als ob wir zu vielerlei trieben, und als ob das Wesentliche, das, was Ziel sein muß, dabei zu kurz käme. Ich habe schon manchmal an den alten Mathias Claudius denken müssen, wenn dieser sagt:

„Wir spinnen Luftspinnste  
Und treiben viele Künste  
Und kommen weiter nur vom Ziel.“

Da komme ich auch bei der Volksschule wieder auf die „Nebenfächer“ zu sprechen. Daß wir besondere Referenten für Turnen, Zeichnen und Singen haben, muß natürlich sich nach unten auswirken; das ist eine Selbstverständlichkeit (Zuruf des

Abg. Seubert). Gewiß, es ist doch selbstverständlich: die Herren arbeiten; ihre Arbeit soll nach unten ausgewertet werden; es kommt zu besonderen Inspektionen — und dann steht gerade hinter diesen Fächern ein ganz anderer Druck als hinter den andern. Und so kommt es wieder, daß diese „Nebenfächer“ eben ganz anders betrieben werden als die Hauptfächer. Man soll sein Augenmerk auf das Wichtige, auf das Wesentliche richten — vor allem bei der Volksschule; dort ist das meiner Ansicht nach noch viel wichtiger als bei den höheren Schulen. Man muß den Kindern viel zu viel zu...

Man hat erlebt, wie bei einer Inspektion in der Schule verlangt wurde „Wortbildungslehre“, „Wortformenlehre“ — in Mittelklassen! — und man von den Kindern verlangte, daß sie althochdeutsche und mittelhochdeutsche Wortformen kennen sollen (Hört! Hört!) und das alles in der Volksschule! Rufe: Ein Skandal!). Da sage ich wieder:

„Wir treiben viele Künste  
Und kommen weiter nur vom Ziel.“

(Abg. Sack: Die können ja noch nicht einmal einen deutschen Satz schreiben!). Ich meine also: Sich auf das Wesentliche beschränken und derartige „Künste“ weglassen! (Abg. Sack: Sehr richtig!)

Beschränkung auf das Wesentliche — und dann auch Stetigkeit im Unterricht, Stetigkeit auch in der Methode...

Denn die Eltern sind absolut nicht gewillt, ihre Kinder als Versuchskaninchen herzugeben (Sehr richtig! beim Zentrum)...

Auch wir erkennen den erzieherischen Wert, der im Turnen, im Wandern, in Spiel und Sport liegt an, nur meine ich, daß man auch bei all diesen Dingen die richtige Grenze einhalten muß. Gestern ist es so hingestellt worden, als ob ich ein Gegner des Turnens, des Wanderns und ein Gegner von Spiel und Sport wäre: Davon kann gar keine Rede sein. Denn ich gebe jetzt schon über dreißig Jahre lang Turnunterricht — und zwar kann ich sagen, daß ich ihn gern erteile und daß ich glaube, die Schüler haben bei mir nicht ungern geturnt. Ich habe auch vor Zeiten, vor dem Krieg, als die Franzosen mir mein Bein noch nicht zusammengeschossen hatten, in allen Ferien meine Wanderungen gemacht und denke mit größter Freude daran, an diese Wanderungen in den Alpen vom Montblanc bis hinüber zu den Tauern. Aber trotzdem muß man auch hier beim Turnen Unterschiede machen. Ich muß unterscheiden zwischen Stadt und Land (Sehr richtig!)

Mit dieser Einschränkung, daß man unterscheiden muß zwischen Stadt und Land, sind wir auch für das Mädchenturnen. Aber dort muß man verlangen, daß das Mädchenturnen betrieben wird unter Beachtung der physischen und psychischen Eigenart der Mädchen. Was für Burschen paßt, paßt nicht auch unter allen Umständen für Mädchen. Ich möchte gerade auch, wenn ich vom Mädchenturnen spreche, bitten, daß überall dabei auch auf die Turnkleidung das richtige Augenmerk gerichtet wird...

Die Wanderungen dürfen nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen und müssen auch von Leuten unternommen werden, die der Sache größte Aufmerksamkeit widmen, sonst könnte der erzieherische Wert, der in diesen Wanderungen liegt, in sein Gegenteil verkehrt werden.

Einen ablehnenden Standpunkt nehme ich gegen die Auswüchse des Sports ein...

Eigentümlich berührt es, wenn man erfährt, daß in einer Gemeinde zwar mehr wie eine Woche lang die Zeit für solche Dinge verwendet wurde, für die Vorbereitung auf das Spielfest, daß man aber verlangt hat, als die Kinder dieser ganz katholischen Gemeinde ins Nachbardorf zur Firmung gehen mußten, daß die Unterrichtszeit, die da veräußert wurde, nachgeholt werden müßte (Hört, Hört! im Zentrum)...

Bei unseren Zeugnissen steht bisher noch nach der Fleiß- und Betragennote an erster Stelle die Religionsnote und zwar nach meiner Ansicht mit vollem Recht; denn hier sind die wirksamsten Mittel der Erziehung zur staatsbürgerlichen Gesinnung, und hier wird den jugendlichen Herzen neben der Achtung vor der göttlichen Autorität auch die Achtung vor der weltlichen Autorität eingepflanzt. Es wird dort auch gesagt, daß eine Verletzung des Lebens, der Ehre und des Eigentums des Mitbürgers eine Sünde ist. Das große Gebot der Nächstenliebe macht soziale Gesinnung und Betätigung zur Gewissenspflicht. Die Lehren der Verapredigt, in die Herzen hineingepflanzt, können nur eine heilsame Wirkung auch für das Staatsganze haben (Sehr richtig! beim Zentrum).

Abg. Haebler (S. P. D. Sp. 2176): Der Herr Abg. Verberich hat davon gesprochen, es sei nicht wünschenswert, in die Schule so allerlei Methoden auszuprobieren

und dabei die Schüler gewissermaßen als Versuchskaninchen — diesen Ausdruck hat er gebraucht — zu verwenden. Ich möchte das entschieden zurückweisen (Zuruf des Abg. Berberich). Ich bin der Auffassung — und ich glaube mich hier auch auf Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden, des Herrn Dr. Schofer, stützen zu können, der ja in der Generaldebatte ganz besonders warm der Freiheit der Methoden in der Schule das Wort geredet hat —, daß es gerade heute notwendig ist, die Probleme der Methodik auch wirklich auszuprobieren; und das kann natürlich nur dadurch geschehen, daß an einzelnen Schulen Versuche gemacht werden. Selbstverständlich nur dort, wo die Voraussetzungen inbezug auf die Lehrerpersönlichkeit gegeben sind und unter einer gewissen Kontrolle der Schulverwaltung.

Es hat sich überall, besonders in den großen Städten, die Gewohnheit eingebürgert, jedes Jahr ein Spielfest abzuhalten. Hier gebe ich zwar dem Herrn Kollegen Berberich durchaus recht, wenn er der Auffassung ist, daß durch die Vorbereitung zu diesen Spielfesten manchmal Zeit verbraucht wird, die eigentlich anderen Fächern zugute kommen sollte. Das läßt sich in einem Großbetriebe, wie die städtische Schule es ist, nicht vermeiden; aber ich bin auf der anderen Seite doch der Auffassung, man sollte deswegen die Einrichtung der Spielfeste nicht abschaffen.

Wir müssen bei diesen Fragen zwei Arbeitsgebiete vor Augen haben, Stadt und Land.

In den Städten haben wir durch die nervöse Zeitlage im allgemeinen, durch die Sensibilität der Jugend eine Erschwerung der Arbeitsbedingungen, so daß die Anforderung, die heutzutage hierdurch an den Lehrer gestellt wird, über diejenige hinausgeht, die früher an ihn herantrat.

Auf dem Lande haben wir leider immer noch die alten Arbeiterschwiernisse, die in der eigentümlichen Schulorganisation begründet liegen, in der Halbtagschule und in der Art ihrer Zusammenfassung mehrerer Schuljahre zu einer Klasse: also im Kombinationsunterricht mit seinen zeitlichen und unterrichtstechnischen Minderwertigkeiten. Bei der allgemeinen Beratung ist schon ausgesprochen worden: Solange hier nicht Besserung eintritt, wird für das Landschulwesen nichts wesentliches erreicht werden können.

Sichtlich der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte stehen die Dinge nun so, daß bei einem Vergleich mit den anderen Lehranstalten der Lehrer an der Volksschule schon dadurch erheblich höher belastet ist, weil er um der erzieherischen Wirkung des Gesamtunterrichts willen Klassenlehrer sein soll und sein muß; Infolgedessen hat er eine Vielgestaltigkeit an Fächern und Unterrichtsgebieten auf sich lasten, wie sie bei sogenannten „Fachunterricht“ nie sich ergibt. Für die übrigen Lehranstalten und Schulformen anerkennt man zudem die Schwierigkeit der Arbeit und sucht sie durch Deputatsentlastung auszugleichen. Für die Volksschule dagegen muß man in Betracht ziehen, daß heute noch die Deputatsverhältnisse von 1876 und sogar 1868 zugrunde liegen, nämlich eine wöchentliche Pflichtstundenzahl des Klassenlehrers von 32. Diese übermäßige Belastung tritt bei keiner anderen Lehrerkategorie in Erscheinung. Im Gegenteil sind im Verlauf der Zeit da und dort in Anerkennung der gesteigerten Inanspruchnahme der Lehrerpersönlichkeit Erleichterungen und Verbesserungen eingeführt worden. Nur für den Klassenlehrer der Volksschule hat der Staat — als ob sich die Arbeitsintensität nicht geändert hätte — an dem seit sechzig und mehr Jahren üblichen Ausmaß der Lehrerbefastung festgehalten. Dagegen sind die Städte auf Grund eigener Mittel und unter Anerkennung der schwierigen Schularbeit früher schon dazu übergegangen, Erleichterungen an der Lehrerbefastung auch an der Volksschule durchzuführen. Eine Überbelastung des Lehrers wird naturgemäß ein Faktor, der die Leistung und Leistungsfähigkeit der Volksschule nicht unwesentlich herabmindert.

Dann die alte Klage, daß insbesondere unsere Landschule bei ihrem Halbtagsbetrieb eine so geringe Unterrichtszeit für die einzelne Klasse hat, daß sie bei allem Zurückdrängen des stofflichen und didaktischen Materialismus niemals ausreichen wird. Bei 16 Stunden — und zum Teil nur 14 Stunden — wöchentlich Unterrichtszeit für die unteren Klassen und 20 Stunden für die oberen Klassen ist es nicht entfernt möglich, eine ersprießliche Unterrichtsarbeit zu leisten und auch nur das dringendste Unterrichtsergebnis gegenüber den Forderungen des Lebens zu erzielen.

Dazu kommt, daß das gegenwärtige Anwachsen der Gesamtschülerzahl auch die Gefahr eines Anwachsens der Klassenstärke bedingt. Über diese Frage der Klassenstärke haben wir wiederholt debattiert. Die Klassenstärke an der Volksschule darf über 35 und die an der Halbtagschule auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl nicht über 50–55 hinausgehen, wenn man will, daß ein erträgliches Unterrichtsergebnis erzielt wird. Der kommunistische Antrag will mit der Klassenstärke sogar auf 30 heruntergehen.

Aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen halten wir das zur Zeit nicht für möglich. Wir können darum leider diesem Antrag nicht zustimmen. Aber unsere Forderungen haben wir jederzeit sowohl von der Fraktion hier als an anderem Ort wiederholt vertreten. Im Hinblick auf den heute noch gesunkenen Gesamtzustand muß die Unterrichtsverwaltung gerade jetzt darauf achten, daß nicht eine langsame Auffüllung der Klassen erfolgt und dann in dem Zeitpunkt, wo die Klassen wieder überfüllt sind, eine Herabsetzung als unmöglich erklärt wird, weil zuviel Geld hierzu nötig wäre. Man muß von dem heutigen Stand aus eine vernünftige Dauerregelung schaffen. Man muß die entlasteten Klassen erhalten und die überfüllten Klassen von Schülern entlasten; damit wird man dann immerhin einiges zur Besserung getan haben. Das badische Schulgesetz wäre umgehend entsprechend zu ändern (Abg. Bock: Wie denn „entlasten“?). Durch Neuschaffung von Klassen, Herr Abg. Bock.

Das sind die Ausführungen, die ich in dieser Richtung zu machen habe.

Nun darf ich aber noch an eine andere Frage anknüpfen. Der Herr Abg. Dr. Schofer — er ist leider nicht anwesend — hat mir in der Generaldebatte entgegengehalten, er halte dafür, die örtlichen Verhältnisse und Voraussetzungen könnten sehr wesentlich dadurch gebessert werden, wenn auch ein gutes persönliches und dienstliches Verhältnis zwischen Schule und Pfarrhaus, zwischen Geistlichen und Lehrern in Erscheinung trete. Ich habe ihm dort schon durch Zwischentritt unterstrichen, daß ich das weitgehend unterstütze — ich betone aber immer wieder: nur unterstütze auf der Grundlage von „Gleich und Gleich.“ Solange — oder besser gesagt: wo das Pfarrhaus glaubt oder glauben möchte, es sei dem Schulhaus gegenüber eine Art von übergeordneter Instanz, wird, wie ich glaube, kein Schulhaus in der Lage sein, ein derartiges Verhältnis anzuerkennen. Vor allem wird keine Lehrerschaft der Gegenwart sich dazu hergeben, ein derartiges Verhältnis dauernd zu ertragen.

Wenn die Voraussetzung eines wünschenswerten guten und ersprießlichen Zusammenarbeitens dauernd geschaffen werden soll, dann müssen natürlich auch Fälle vermieden werden, wie sie doch immer wieder vorkommen und die zeigen, wie sowohl auf dem Gebiete des Konfessionellen als auch auf dem Gebiete des Politischen gewisse Absichten in Erscheinung treten, sich von geistlicher Seite eine Art von dominierender Stellung über den Lehrer zu schaffen.

Vor mir habe ich ein Schreiben vom 18. April 1928; es geht aus von einem erzbischöflichen Pfarramt; es steht jedem der Kollegen zur Einsicht offen. Darin heißt es unter anderem:

„Wie bereits mündlich mitgeteilt wurde, müssen wir die Erteilung des Religionsunterrichts Ihrerseits an die unerlässliche Forderung knüpfen, daß Sie noch vor Beginn des neuen Schuljahrs Ihrer Osterpflicht als katholischer Lehrer nachkommen und die heilige Kommunion entweder in X... oder in der hiesigen Pfarrkirche empfangen. Sollten Sie diese Forderung als unannehmbar empfinden, so sehen wir das als Verzicht auf die Erteilung des biblischen Religionsunterrichts und religiösen Gesanges an Ihrer Klasse an und werden den Unterrichtsplan darnach einzurichten beantragen.“

(Abg. Großhans: Das ist ja eine nette Sache!)

Ich habe, da ich derartiges Material natürlich nicht ohne weiteres als Tatsache hinnehmen möchte, mich an sehr maßgebender Stelle erkundigt und habe nun unter anderem erfahren — ich will die hierher gehörenden Stellen vorlesen —:

„Der Lehrer ist ein sehr tüchtiger Lehrer; auch erfüllt er seine religiösen Pflichten; er wollte nur in dem betr. Ort bzw. in dem Nachbarort nicht beichten:: darum dieser Brief seines Seelsorgers. In der Karwoche beichtete der Lehrer — aber in einem anderen Ort bei den Kapuzinern, die ihm auch einen Beichtzettel aushändigten —. Der Lehrer schweigt vorerst. Kurz vor Beginn des neuen Schuljahrs fordert der Ortsgeistliche den ersten Lehrer auf, im Stundenplan dem Lehrer den Religionsunterricht abzunehmen. Darauf sagt ihm der erste Lehrer, der betr. Lehrer habe gebeichtet: Daraufhin zieht der Pfarrer seinen Antrag auf Abnahme des Religionsunterrichtes zurück.“

Die treibende Kraft war übrigens nicht der alte Geistliche selbst, sondern sein Kaplan . . .“

Ich will diesen Vorfall nicht zu einem Streitfall machen, sondern ich will nur konstatieren, wie weit hier private religiöse Angelegenheiten, über die ich mir gar kein Urteil erlaube, mit der Stellung des Lehrers in seinen dienstlichen Angelegenheiten verquickt werden.

Ich weiß, daß natürlich der Kirche jederzeit das Recht zusteht, den Religionsunterricht abzustellen, aber ich kann mir nicht denken,



daß man so wie hier — und es handelt sich doch offenbar um eine gewisse Fahrlässigkeit bei diesem Vorgehen — so vorgeht; kurz und gut, daß man dem Lehrer, der durch den Schutz der Verfassung auch in solchen Lagen von vornherein sich geschützt wissen darf, daß man ihm so entgegentritt. Im übrigen kann ich nur sagen, wenn die Schule und die Kirche sehr viele solcher Lehrer hat von der Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung der dienstlichen und außerdienstlichen Verpflichtungen, dann darf man froh sein und dann kann sich die Schule gratulieren.

Ein anderes Beispiel habe ich, das ich auch nur zum Beweis dafür verwende, daß es eben stets an allen beiden gelegen sein muß, den Frieden zu erhalten. Im Hinterland wurde ebenso von einem Geistlichen an einen Lehrer, der der sozialdemokratischen Partei angehört, im Sommer letzten Jahres folgendes geschrieben:

„Ihre bisherige politische Einstellung hier war hinsichtlich Ihres Berufes für die katholische Gemeinde — vielleicht ohne daß Sie es beabsichtigten — ein Argernis. Ich als Seelsorger habe die Sache am schwersten ertragen. Unsere niedrigsten (auch moralisch genommenen) Elemente konnten sich auf Sie berufen. Ich kann von Ihnen nichts Nachteiliges sagen andererseits stehen Sie als katholischer Lehrer und Erzieher, als begabter junger Mann, als Sohn einer braven Bauernfamilie auf einer Seite, die programmäßig von jeder Religion abstieht.

Wie Sie politisch denken, darnach frage ich nicht, aber ein sozialistischer Agitator arbeitet hier dem Seelsorger entgegen.“

Ich muß auch hier wieder nur konstatierend sagen: Ich halte das in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen für eine auffallende Verkenning der Rechtslage, ganz abgesehen davon, daß es ein Stand natürlich ablehnen muß, wenn man ihm oder seinen Gliedern in solcher Weise entgegentritt. Wir haben eine große Zahl von örtlichen Verhältnissen, in denen sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite ein ganz ausgezeichnetes Verhältnis zwischen den Geistlichen und Lehrern besteht; wir haben aber leider auch nicht sehr wenige Verhältnisse, aus denen jeden Augenblick, bei jeder Gelegenheit nachgewiesen werden kann, wie sich die geistliche Autorität in die Fragen der Schule und der Lehrer weit über die Frage des Religionsunterrichts hinaus einmischt. Das Kapitel der Stellenbesetzung, manche Einflußnahme von Geistlichen auf Entscheidungen der Ortschulräte und Gemeinderäte in dieser und anderen Fragen will ich heute nicht aufrollen. Ich will mich überhaupt jeder Kritik enthalten. Dem Herrn Abg. Dr. Schofer habe ich vorhin nur angedeutet, daß es mir lieb wäre, wenn er hier wäre, wenn er hier wäre, damit ich nicht in seiner Abwesenheit diese Dinge erörtern muß als Antwort auf seine Ausführungen (Abg. Dr. Schofer: Ich bin sofort gekommen, auf Befehl!). Danke schön! Nicht auf Befehl! Aber ich mußte Ihnen nur das entgegenhalten, um zu zeigen, was heutzutage noch möglich ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß am einen oder anderen Ort auch von der anderen Seite gefehlt werden mag. Aber die Fälle, wo auf Seite der Lehrerschaft gefehlt wurde, die zeigen die „Freiburger Tagespost“ und der „Badische Beobachter“ u. a. mit reichlicher Präzision auf (Zuruf des Abg. Kühn).

Wenn nun bei politischen Betrachtungen die Dinge so dargestellt werden, als ob von der Seite der Lehrerschaft der konfessionelle oder religiöse Friede gestört werde, so möchte ich darauf hinweisen dürfen: Wir haben keine Provinz, kein Land in Deutschland, in dem die Niederlegung des Religionsunterrichts seitens der Lehrerschaft einen so geringen Prozentsatz darstellt wie in Baden; und wir halten das der Simultanschule zugut. Zwar gerade dort, wo die Konfessionsschule ist, sollte man eigentlich glauben, daß die Dinge besser wären. Aber sie sind dort deshalb nicht besser, weil die Reibungen zwischen Andersgerichteten, zwischen den scharf getrennten Konfessionen leicht zu groß werden, weil dann die Forderungen nach der weltlichen Schule kommen, weil also Fragen, wie sie in Baden nie aufstehen werden, so laange wir die Simultanschule haben, dort zur Lösung drängen. Politische und weltanschauliche Differenzen gehören nach unserer Ansicht in die Schule nicht hinein; konfessionelle Fragen gehören in den Religionsunterricht, scheiden aber bei vernünftigen Menschen und bei sittlicher und religiöser Erziehung im Sinne der badischen Simultanschule als Streitobjekt aus.

Im übrigen scheint mir das badische Zentrum selber zu wissen, daß es auf dem Weg einer starren konfessionalisierenden Haltung auch politisch gar nicht weiterkommen kann. Der „Badische Beobachter“ hat in einer kritischen Betrachtung „Zur notwendigen Gewissensforschung“ unter dem 17. Juni 1928 in Auswertung und kritischer Würdigung des badischen Wahlergebnisses u. a. folgendes geschrieben:

„Wir haben eine erschreckende Erfahrung machen müssen. Wir haben geglaubt, einen starken Trumpf durch das Scheitern des Reichsschulgesezes in der Hand zu haben. Dieser Trumpf hat nicht gezogen! Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt

werden; und hier muß eine Gewissensforschung ernstester Art einsetzen. Gewiß ist von der Schulfrage in unseren Versammlungen gesprochen worden; gewiß haben unsere Redner je nach der Art ihres Vortrages Beifall geerntet. Wir hätten erwarten dürfen, daß wir gerade aus diesem Grunde unsere Stimmenzahl erhalten hätten.“

Und weiter unten:

„Und wenn selbst eine Lebensfrage der Partei, die die politische Vertretung der deutschen Katholiken darstellt, den Stimmenbestand nicht aufrecht zu erhalten vermochte, dann spricht das Bände!“

(Stimme des Präsidenten). Nur noch eine kleine Bemerkung! Ich halte dafür, diese Feststellungen waren gar nicht notwendig (Abg. Maier-Heidelberg: Das waren Volksreden!) für den, der weiß, wie draußen gearbeitet worden ist. Vom Herrn Abg. Seubert bin ich ja überzeugt, und es ist mir bekannt, daß er kein allzu großer Freund unseres heutigen Schulwesens und unserer heutigen Lehrerschaft ist. Er hat in einer Versammlung in Prinzbach seinerzeit dem auch lebhaft Ausdruck gegeben und vor Ohrenzugen, die die Verantwortung für die Tatsache übernehmen, folgendes festgestellt:

„Der Deutsche Lehrerverein erstrebe die Akademisierung des Volksschullehrerstandes. Die Folge davon wäre, daß nur noch die dümmsten und unfähigsten Abiturienten den Beruf eines Volksschullehrers ergreifen werden (Heiterkeit). Denn alle anderen studierten noch 1 oder 2 Jahre weiter, um einen höheren Beruf zu ergreifen. In kurzer Zeit müßte auch ganz bestimmt Lehrermangel eintreten. Der Staat wäre somit genötigt, die Stellen mit Schulbrüdern und Schulschwestern auszufüllen. Unsere Generation werde dies wohl nicht mehr erleben; aber er könne ganz bestimmt versichern, daß in fünfzig Jahren der Volksschullehrerstand verschwunden sei, und daß an seinem Platze Schulbrüder und Schulschwestern ebenso gut oder noch besser wirken werden (Heiterkeit — Zurufe — Stimme des Präsidenten).“

Der Einsender betont, daß diese Ausführungen der Wirklichkeit entsprechen und von der ganzen Versammlung bezeugt werden können (Abg. Dr. Schofer: Die in Sasbach am Kaiserstuhl war auch richtig!). Ich darf feststellen, daß die Ausführungen und die Feststellungen, die ich gemacht habe, nicht im Sinne einer Polemik, sondern nur einer Abwehr und einer Klarstellung über die Tatsachen erfolgt sind, daß die badische Simultanschule uns den Frieden erhalten kann, wenn man das von allen Seiten will, wenn Lehrerschaft und Geistlichkeit in den Grenzen ihrer Zuständigkeit bleiben, und wenn vor allem auch die Geistlichkeit weiß, daß ein Stand von der wachsenden Bedeutung für das Volk wie der Volksschullehrerstand sich nicht weiter dauernd in dieser Weise behandeln lassen kann (Zurufe: Sehr richtig! — Zuruf des Abg. Bock — Abg. Dr. Schofer: Jetzt darf ich wieder gehen! — Heiterkeit — Abg. Hofheinz: Bitte!).

Abg. Dr. Schofer (3. Sp. 2189): Der Herr Abg. Bock hat der Meinung Ausdruck gegeben, ich hätte durch meine Unterredung mit dem Herrn Minister ihm Mißachtung ausdrücken wollen. Das ist nicht wahr und kann nur auf subjektiv falscher Einstellung beruhen. Ich stelle das fest. Es liegt mir fern, einem Kollegen oder einer Kollegin gegenüber Mißachtung zum Ausdruck zu bringen; aber die Handhabung der Geschäftsordnung obliegt nicht dem Herrn Abg. Bock, sondern dem Präsidenten; ich füge mich diesen Anrempelungen aus Moskau keineswegs.

Nun hat der Herr Abg. Hofheinz mich zitiert, dadurch, daß er meine Abwesenheit festgestellt hat. Herr Kollege Hofheinz, Sie haben die Methode der Kommunisten auch angewendet. Ich kann Ihnen sagen, ich habe draußen mein Stenogramm korrigiert (Auf Zuruf des Abg. Hofheinz). Warum haben Sie mich denn zitiert? Es sind doch auch noch andere Herren meiner Fraktion da. Sie wollten eben an meine Adresse kommen. Ich bin gehoramt gekommen, angetreten und habe Ihre Weisheit angehört (Abg. Hofheinz: Sehr gut!) und werde nun das Entsprechende dazu sagen.

Sie haben eine Reihe von Fällen vorgetragen. Kein Mensch ist in der Lage, die Dinge zu kontrollieren, die andere Seite zu hören und so objektiv den Sachverhalt festzustellen. Sie haben nur eins im Auge gehabt, Agitation zu treiben, zum Fenster hinaus. Sie hatten eben keine Möglichkeit, den Herrn Minister aufzusuchen; der Herr Minister ist Ihnen so fremd und das Unterrichtsministerium so wenig zugänglich, daß Sie nicht in der Lage sind, diese Ihre Fälle dem Herrn Minister zu unterbreiten. Warum mußten sie hier vorgetragen werden (Abg. Hofheinz: Das gehört nicht ins Unterrichtsministerium!). Das gehört zum Schab von Persien! Rein, Sie wollten Agitation zum Fenster hinaus treiben; die haben Sie betriebe, und dann wollten Sie der Sache

noch ein Relief geben dadurch, daß ich Ihnen antworte und die Sache eine Bedeutung bekommt (Abg. Vock: Sehr feil). Nun, Herr Hofheinz, Sie haben die Methode ausgebracht, Fälle zu bringen und sie hier der Öffentlichkeit zu unterbreiten; Sie glauben, damit Ihrem Stand zu dienen. Diese Methoden führen nicht zum Besten des Lehrerstandes und zum Heil der Schule; die vergriffen und zerstören den Frieden, der zwischen den Trägern der Kultur in einem Orte bestehen soll. Nun werden auch wir dieselben Methoden anwenden müssen. Ich habe hier herumgefragt; ich habe bis jetzt derartigen Dingen meine Aufmerksamkeit nicht zugewendet und es nicht für meine Aufgabe gehalten, derartiges Material zu sammeln und dem Hohen Hause vorzulegen. Ich habe den Weg der Verständigung betreten und dafür gesorgt, daß dort, wo gefehlt worden ist, der Fehler ausgemerzt wird. Nun wird es nicht zu umgehen sein, daß wir im Zentrum derartige Fälle, die umgekehrt liegen, sammeln und hier öffentlich vortragen. Herr Minister, da werden wir eben die ganze negative Seite im Schulwesen, die Sie, wie wir bedauern, ob hier oder drüben gesündigt wird, hier in der Öffentlichkeit behandeln müssen. Das ist eine neue Praxis, die hier eingeführt wird. Da soll die Erziehung, die Schule, Kultur davon gewinnen und das Parlament einen Höhepunkt erreichen. Ich will Ihnen aber sagen, ich betrete den Weg nur, soweit er zur Abwehr notwendig ist. Man hat mir eine Reihe von Fällen gesagt, und zwar Fälle, die zu Besorgnis Anlaß geben. Ich könnte sie hier vortragen, ich tue das aber nicht, weil ich einstweilen noch die Meinung habe, daß auch in der demokratischen Partei soviel Verständnis ist, um zu erkennen, wohin diese Dinge führen. Sie haben schon einmal etwas ausgeführt im badischen Land, was wahrscheinlich der demokratischen Partei nicht zum großen Heil gereicht ist, und Sie sind nicht unschuldig daran, Herr Kollege Hofheinz; wenn Sie einigen politischen Sinn hätten, wie derartige Dinge wirken, auch für Sie wirken, würden Sie diese Dinge etwas vorsichtiger behandeln.

Nun hat der Herr Abg. Hofheinz gemeint im Anschluß an einen Artikel im „Badischen Beobachter“, das Reichschulgesetz hätte nicht so bezüglich der Aufstellung der Wählerschaft gewirkt zugunsten des Zentrums, wie das erwartet worden wäre. Herr Kollege Hofheinz, wenn in Berlin, als das Schulgesetz gescheitert ist, sofort die Reichstagsauflösung gefolgt wäre, hätten Sie etwas anderes erlebt. So hat man es verstanden, von verschiedenen Seiten aus patriotischen Gründen das abzuwenden und damit die Folgen abzuwenden. Abgesehen von der demokratischen Partei hatten ja die Früchte dieser Auflösung, sie waren ja im Reiche in der Opposition und haben die Früchte zu ernten gehabt. Schauen Sie Ihre Zahl an, die Verluste der badischen Demokratie sind größer als die des Zentrums, wenn Sie diese Reichstagsziffern hereinholen wollen, holen Sie auch die der Demokratie, nehmen Sie den Besen und segnen Sie vor der Türe der Demokratie.

Ich glaube, wir hätten diese Debatte vermeiden können. Ich glaube, sie ist nicht im Interesse einer gedeihlichen Führung der badischen politischen Geschäfte. Man hat ab und zu es mit einer weitsehenden Politik zu tun, die glaubt, wenn sie irgendeinen Stein geworfen hätte, hätte sie eine Großtat des politischen Lebens vollbracht (Auf Zuruf): Sie kriegen die Sache gelagt, wie ich denke.

Nun haben Sie über die Stellenbesetzung sich ausgelassen. Ja, die Gemeinden müssen sich darum kümmern, wen sie als Lehrer bekommen für ihre Kinder, und es wäre gewissenlos, wenn die Gemeinden sich nicht darum kümmern würden. Es soll nichts Ungerechtes geschehen, aber daß man sich um die Dinge kümmern muß, ist selbstverständlich (Abg. Hofheinz: Das haben wir verlangt!). Sie machen mir in einem fort Zwischenrufe. Ja, ich kann nicht helfen, hätten Sie das Schießen bleiben lassen; Sie haben mich zitiert, daß ich antworte, Sie wollten von mir eine Antwort haben.

Nun haben Sie den Herrn Kollegen Seubert in die Debatte gezogen. Der Herr ist nicht hier und zwar deswegen nicht, weil eine dringende Sorge in seiner Familie ihn abhält. Ich glaube, daß Ihnen das genügt. Der Herr Kollege Seubert hat in Prinzbach eine Rede gehalten, in der er auf die neue Lehrerbildungsfrage einging und seine Sorgen aussprach, es möchten durch die Einführung des Abiturs mehr die Minderbegabten sich melden und dem Lehrerstand zugeführt werden. Das ist eine Sorge, über die wir uns bekanntlich auch im Haushaltsausschuß ausgesprochen haben, als wir jenes Gesetz beraten haben. Das ist eine Sorge, die auch wir gehabt haben: es ist die Sorge, weswegen wir den Vorkurs wollten, um den Zugang an hochbegabten jungen Leuten vom Lande her zum Lehrerstand sicherzustellen. Wenn der Herr Abg. Seubert den Bauernleuten draußen das gesagt hat, dann hat er damit nichts Unrechtes getan. Das wird eine Sache sein, die man wahrhaftig noch aussprechen darf.

Dann hat er offenbar noch von bestimmten Allüren gesprochen, die von einer bestimmten Strömung im Lehrerstand propagiert und zur Geltung gebracht werden. Er hat offenbar den Leuten auseinandergesetzt, daß, wenn das so weitergeht, es zu einer Entwicklung führen kann, die der Herr Abg. Hofheinz nicht wünscht und die auch ich nicht wünsche — die aber kommen kann, und dabei hat der Herr Abg. Seubert den Namen „Schulbrüder“ genannt. Ja, Herr Abg. Hofheinz, ich habe es Ihnen schon oft gesagt: Dieses Drängen und Streben nach einer Entwicklung, die wir nicht gutheißen können, führt schließlich zu Konsequenzen, die auch Ihnen unangenehm sind. Das hat keinen Zweck. Deshalb habe ich gewarnt davor — und wenn diese Dinge in den Parlamenten und sonst eine Rolle spielen, dann wird der Herr Abg. Seubert diese Dinge auch sagen dürfen.

Sie haben in Ihrer Schulzeitung auch eine Notiz — sie ist mir zugesandt worden — über einen Vorgang in Sasbach am Kaiserstuhl, als ob ein Lehrer aus Orschweier, der eine Wahlversammlung in Sasbach gehalten hat, gesagt habe, es gäbe in Berlin Radttänze: „Da würden auch Kreisräte zuschauen“. Herr Kollege Hofheinz, ich halte Sie für so klug, daß Sie solchen Mist nicht glauben: Warum haben Sie es trotzdem in Ihrer Zeitung publiziert? (Zuruf des Abg. Hofheinz). Ich meine: In Ihrer Zeitung — warum ist das publiziert worden? — um dem „Schwarzen“ Lehrer, der sich erdreht, für das Zentrum zu agitieren, eines anzuhängen! Das ist doch ein horrender Unsinn, was da in Ihrem Blatt behauptet wird: Aber er war gut genug, um diesem Mann eins auszuwichen.

Nun wäre es gar nicht schwer, eine Reihe von anderen Fällen an diesen anzureihen. So hat mir zum Beispiel soeben der Herr Kollege Engelhardt von seinen Sorgen erzählt — die aber mit dem Pfarrhaus gar keinen Zusammenhang haben, sondern vom Unfrieden im Schulhaus herkommen. Das ist etwas, was auch einmal vorkommen kann und das begreife ich (Abg. Kühn: Auch unter Lehrern!), und daß das dem Bürgermeister Sorge bereitet, das ist auch begreiflich: Aber, wo sollen wir hinkommen, wenn man derartigen Quatsch und Tratsch hierherholt? Dazu ist die Schulverwaltung da, die hat nach dem Rechten zu sehen und soll sorgen dafür, daß Friede und Ordnung da ist. Ich glaube, über all diesem Tratsch und Quatsch steht doch in der schwierigen Verhältnissen unserer heutigen Zeit das eine große Ziel: Hand in Hand miteinander zu arbeiten, um die Jugend seelisch und physisch zu ertüchtigen und des Volkes heranzubilden. Ich kann mir nicht denken, daß ein derartiges Vorgehen, wie es der Herr Kollege Hofheinz heute beliebt hat, im Dienste dieses Zieles steht; es steht weder im Dienste dieses Zieles noch im Dienste des guten Rufes unseres Lehrerstandes — noch im Dienste des Friedens zwischen Pfarrhaus, Schulhaus und Bürgermeisteramt. (Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. Leers (Sp. 2195):

In die Erörterung, die sich zwischen dem Herrn Abg. Hofheinz und dem Herrn Abg. Dr. Schofer entsponnen hat, möchte ich nicht eigentlich eingreifen. Ich persönlich habe nicht die Auffassung gehabt, als ob der Herr Abg. Hofheinz nun hier eine neue Gepflogenheit hinsichtlich der Erörterung solcher Fälle einführen wolle. Ich glaube, daß er deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß das gewissermaßen eine Ausnahme sei, daß er außergewöhnlicherweise einmal Einzelfälle bringe. Es ist selbstverständlich, daß ich sehr gerne bereit bin, wenn mir Fälle mitgeteilt werden, ihnen nachzugehen, und ich bin dafür sogar sehr dankbar, weil ich durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß man nicht durch Erörterungen der negativen Seite des Schullebens Schädigungen herbeiführe, die vermieden werden können und die wir alle miteinander im Interesse unseres Schullebens bedauern würden. Ich bin freilich nicht ganz sicher, ob es von allen Seiten immer willkommen geheißen würde, wenn auch solche Fälle, wie sie der Herr Abg. Hofheinz vorgetragen hat, mir zur weiteren Beobachtung und zur weiteren Behandlung mitgeteilt würden. Da aber diese Meinung heute herausgeklungen hat, ist es mir eigentlich eine angenehme Beruhigung, mich auch in solchen Fällen als friedlicher Vermittler betätigen zu dürfen.

Ich möchte aber zu der Sachlage eine Bemerkung machen, von der ich glaube, daß sie bis zu einem gewissen Grade zur Beruhigung beitragen kann. Das ist die Bemerkung, daß bei der Versammlung der Kreisräte, die wir im Laufe der letzten Zeit abgehalten haben, und zu der verordnungsgemäß auch die Vertreter der Kirchen und Religionsgesellschaften zugezogen waren, einmütig seitens aller Vertreter der Kirchen und Religionsgesellschaften festgestellt wurde, daß der Religionsunterricht in unseren Volksschulen von Lehrern, abgesehen von

verschwindenden Beanstandungen, zur vollen Befriedigung gegeben werden, und das Zusammenleben hinsichtlich der Religionslehrer oder der Lehrer überhaupt mit der Geistlichkeit ein vollauf erfreuliches sei. Ich glaube, das ist das, woran ich mich als Unterrichtsminister halten darf, daß in der Tat in dieser Hinsicht, wenn wir auf das Ganze sehen, gar keine Reibungen und gar keine Mißstände bestehen, so daß wir annehmen dürfen, daß Einzelfälle in der Tat nur den Charakter von Einzelfällen behalten werden, und wir deswegen keine Schlüsse aufs Ganze zu ziehen brauchen.

Abg. Hofheinz (D. D. P. Sp. 2198):

Wenn der Herr Abg. Dr. Schofer den Ausgangspunkt meiner Ausführungen gehört hätte, hätte er sich von Anfang an auf den Standpunkt des Herrn Ministers stellen müssen und wohl seine Interpretation unterlassen. Die ersten Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schofer, in denen durchgeklungen war, daß eben doch Trübungen vorhanden seien, die beseitigt werden könnten, wenn der gute Wille auf der anderen Seite vorhanden wäre, nötigten mich zwei Fälle aufzuzeigen, wie und warum solche Trübungen in Erscheinung treten müssen. Es liegt mir fern, dadurch eine Klust aufzurichten oder zu vertiefen. Umgekehrt, ich habe erklärt, ich hoffe, daß gerade durch Feststellung und Charakterisierung solcher Fälle beigetragen wird, den Frieden für die Zukunft zu gewährleisten, weil dann solche Fälle unterbleiben werden. Ich kann auch nicht zugeben, daß ich mich mit diesen Fällen an das Ministerium hätte wenden können oder sollen. Diese beiden Fälle sind ausgesprochen politische Fälle, und ich glaube, der Herr Minister hätte mich gefragt, wieso ich dazu käme, wenn ich ihn um Intervention angegangen hätte. Ich kann ferner auch nicht zugeben, daß ein ähnliches Vorgehen nicht üblich gewesen sei. Gerade aus der Kenntnis der Praxis dieses Hauses und vor allem des Zentrums weiß ich, daß im Bedarfsfalle immer wieder einzelne Fälle aufgegriffen worden sind, um das zu illustrieren, was man kritisch zu würdigen genötigt ist. Von diesen Gesichtspunkten aus lehne ich solche Zurückweisungen ab und hoffe, daß diese Auseinandersetzungen doch nicht ohne Gutes gewesen sind, sondern daß sie zur Befriedigung beitragen.

Abg. Bock (K. P. D. Sp. 1285):

Außer den allgemeinen Ausführungen, die ich in der Generaldebatte gemacht habe, möchte ich noch einmal besonders hinweisen auf die Klassenüberfüllung in den Volksschulen, die eine normale Erscheinung geworden ist, so als ob inskünftig die Klassenstärke sich keineswegs mehr auf einer niedrigen Stufe bewegen soll, als ob man eigentlich — ich möchte fast sagen selbstverständlich — keine weiteren Schulhausneubauten im notwendigen Maße ausführen, sondern sich einfach damit abfinden will, daß die Schülerzahl einer Klasse eine hohe geworden ist. Herr Hofheinz hat hier erklärt, unserer Forderung, die Schülerzahl in der Klasse auf 30 festzusetzen, wie wir beantragt haben, könne er nicht zustimmen aus wirtschaftlichen Gründen. Als ich dann frug, welche Maßnahmen er denn für die Herabsetzung der jetzigen zu hohen Schülerzahl vorsehe, da erklärte er: die Einrichtung neuer Klassen (Zwischenruf des Abg. Hofheinz). Aber die Einrichtung neuer Klassen ist doch etwas, was nur vorgenommen werden kann vermittelt wirtschaftlicher, das heißt finanzieller Maßnahmen! Wir fordern die Festsetzung auf 30 Schüler, weil wir wissen, daß das Überschreiten dieser Zahl gleichzeitig auch heißt ein Überschreiten der Kraft des Lehrers und ein Überschreiten der Aufnahmefähigkeit der Kinder. . . .

Würde man an die Volksschule denselben Maßstab anlegen und für sie nach dem Verhältnis der Schülerzahl dieselben Gelder aufwenden wie für die Universitäten und höheren Schulen, dann müßte man, glaube ich, noch sehr, sehr viel Geld aufwenden und sehr viel Volksschulen neu errichten, ehe man soweit wäre, daß für die Volksschulen dieselben Voraussetzungen wie für die höheren Schulen gegeben sind. Es ist nicht gut zu begreifen, weshalb man sich dagegen wehrt, die Schule der großen Masse des Volkes so zu gestalten, daß sie in jeder Beziehung einwandfrei ist. . . .

Es kommt hinzu, daß die Forderung auf Herabsetzung der Klassenstärke ja deshalb verhältnismäßig leicht durchführbar ist, weil ein großer Teil der Junglehrer ohnehin stellenlos ist und unterhalten werden muß. Also auch nach dieser Seite hin würden Kosten nicht entstehen. Die Frage wäre nur die Schaffung neuer Schulräume, also neuer Schulhäuser. Wenn sie nicht durchgeführt wird, dann konstatieren Sie damit: Für die Kinder des Volkes sind auch überfüllte Schulen, überfüllte Schulzimmer immerhin gut genug, denn: es ist kein Geld dazu da. Solange aber das Geld da ist für die Universitäten und für die höheren Schulen, dagegen nicht für die Volksschulen, dokumentieren Sie selber, daß Ihr

Unterrichtsetat ein Klassenetat ist; Sie werden es ja auch praktisch mit Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag beweisen.

Mit der Volksschule in Verbindung steht eine weitere Anzahl von Anträgen, die wir gestellt haben und die auch zum Teil schon in der Generaldebatte erwähnt wurden, wie die Forderung der Elternräte. Das ist eine selbstverständliche Forderung, wieder verglichen mit den Verhältnissen in den höheren Schulen, und es ist schwer einzusehen, warum in einer sogenannten Demokratie die Elternräte bei den höheren Schulen eine Selbstverständlichkeit sind, während sie bei den Volksschulen nicht gegeben werden. Mir scheint, man spricht nur eine ganz selbstverständliche und natürliche Forderung aus, wenn man verlangt, das Recht auf Elternräte soll auch den Volksschulen zugesprochen werden. Ob und wieviel dabei geändert wird an den hemmenden sozialen Ursachen, das bleibt eine offene Frage; aber die Lehrer werden ja in die Lage kommen, durch das Zusammensein mit den Eltern zu erfahren, unter welchen sozialen Verhältnissen die Kinder leben, und sie werden die Erziehung in gewissem Sinne darauf einstellen können. . . .

Wir haben beantragt, die eingesezte Summe für Beiträge für Volkslesehallen von 2000 Mk. auf 50 000 Mk. zu erhöhen, um im ganzen Lande solche Volkslesehallen zu schaffen. Ich weiß nicht, ob ich voraussetzen muß, daß Sie das wieder so ablehnen, wie Sie die geforderte Summe für die Volkshochschulkurse abgelehnt haben, daß es eine soziale Notwendigkeit ist, die Schaffung dieser Lesehallen für das ganze Land. Daß die Gemeinden diese Frage nicht werden lösen können, das glaube ich, sieht jeder ein.

Dann haben wir gewünscht, daß bei den Lichtspielen für Schul- und Volksbildung die dafür eingesezte Summe von 12 000 auf 25 000 Mk. erhöht wird. Ich will gleich bemerken, das Programm dieser Gesellschaft der Lichtspiele für Schul- und Volksbildung imponiert uns politisch nicht besonders. Wir betrachten es kulturell nur in dem Sinn, das es gegenüber der Sensationsindustrie der bekannten Filme der Kinos, die die Welt sich erobert haben, einen kulturellen Fortschritt darstellt, weil die Geographie der Welt, die Natur, das Leben der ganzen Tierwelt, das Leben in den verschiedenen Erdteilen, kurz, was man allgemein unter der Geschichte der Kultur versteht, in diesen Filmen gepflegt werden und damit der Horizont der Kinder erweitert wird und eine Ablenkung gegenüber den Schundfilmen geschaffen wird. Es ist notwendig, daß man hier ein weiteres tut und diese Lichtspielgesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft meines Wissens ist, sondern deren Tätigkeit sich anlehnt an die Förderung der Schulzwecke, stärker stützt.

Zum Schluß möchte ich eruchen, einen weiteren von uns gestellten Antrag anzunehmen, insbesondere im Hinblick darauf, daß den werktätigen Massen der Zugang zu den Hochschulen, zu den Universitäten durch die sozialen Verhältnisse versperrt ist, und wenigstens den in § 231 eingesezten Betrag zur Förderung des Studiums und der Ausbildung tüchtiger bedürftiger Schüler von 40 000 Mk. auf 100 000 Mk. zu erhöhen. . . .

Abg. Frau Straub (D. D. P. Sp. 2191):

Ergänzend möchte ich dazu sagen, die Gemeinden sollten sich auch darum kümmern, wie diejenigen untergebracht sind, die ihre Kinder erziehen sollen. Und da scheint es mir, auch nach meinen eigenen Beobachtungen, mit der Sorge für die Lehrerinnen oft recht mangelhaft zu sein. Es ist mir schon verschiedentlich gesagt worden — und ich verstehe das auch —, daß sie ausschließlich auf das Gasthaus angewiesen sind. Wie soll eine alleinstehende Lehrerin sich anders verpflegen können, als im Gasthaus. Wenn sie nach ihren Schulstunden nach Hause kommt, kann sie sich nicht erst noch ein Essen kochen, dazu reicht die Zeit nicht, und ist sie viel zu müde dazu. So muß sie also ins Gasthaus, in's Wirkshaus gehen, um dort ihr Essen zu erhalten. Da ist mir erzählt worden, daß sie schon recht oft bemerken mußten, daß man im Gasthaus — was ja selbstverständlich ist — viel lieber die männlichen Gäste habe, als die weiblichen, und daß man ihnen indirekt schon bedeutet hat, ob sie sich nicht selbst verpflegen könnten.

Ich glaube, es bedarf sicher nur dieses Hinweises, um zu erreichen, daß auch die Herren Bürgermeister vom Lande sich ein bißchen mehr darum kümmern, daß die Angestellten, die Beamten ihrer Gemeinden — die sie doch selber gerufen haben — auch entsprechend wohnen und verpflegt werden können.

Auch wenn sich Lehrerinnen nach einer Stadt melden — von einer Landstelle weg — diese Bemerkung möchte ich an die Schulverwaltung richten —, so darf man gewiß nicht denken, daß sie etwa des Vergnügens wegen in die Stadt wollen, sondern einfach deshalb, weil sie diese besondere Berufsbelastung, wie der Dienst in manchen Gemeinden, auf die Dauer gesundheitlich einfach

nicht aushalten. Ich möchte deshalb bitten, auch diesen Umstand zu bedenken, wenn Lehrerinnen, die einige Zeit auf dem Land waren, sich dann auf Stellen in die Stadt melden.

Abg. Hertle (D. N. Sp. 2193):

Die Frau Vorrednerin hat hauptsächlich über die Not der Lehrerinnen auf dem Lande geklagt. Sie glaubte, insbesondere darauf hinweisen zu sollen, daß die Lehrerinnen auf dem Lande nie gut untergebracht werden können, und sie hat gemeint, daß die Bürgermeister angehalten werden sollten, besser für die Unterkunft der Lehrerinnen auf dem Lande zu sorgen. Das gebe ich Ihnen glatt zu, daß die Unterbringung auf dem Lande größere Schwierigkeiten macht, als dies in der Stadt der Fall sein wird. Wenn sie aber meint, das es auch andere Gründe seien, hauptsächlich wegen der Geschäfte, wegen der Wirtschaften, daß man dort den männlichen Lehrer viel lieber sehen würde als eine Lehrerin, so mag das seine verschiedenen Gründe haben, auf die ich nicht näher eingehen will. Einmal kann ich ihr beipflichten, wenn sie dem Wunsch hier Ausdruck gibt, daß die Lehrerinnen mehr in der Stadt Verwendung finden mögen und daß nur Lehrer hinaus auf die Landgemeinden kommen sollen. Ich unterstütze das (Weiterheit).

Warum ich mich eigentlich zum Wort gemeldet habe, das war Titel III § 195, Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten. Der Voranschlag sieht eine Minder-einstellung von 100 000 Mk. vor; der Haushaltsausschuß hat diese 100 000 Mk. wieder eingeseht. Aber auch damit ist meines Erachtens das Bedürfnis derjenigen Gemeinden, die in die Lage versetzt sind, heute Schulhausbauten herzustellen, nicht befriedigt.

Die Summe, selbst wenn wir 500 000 Mk. einsetzen würden, wäre heute viel niedriger als dies in den Jahren 1912/13 und 1914/15 der Fall gewesen ist, da die Löhne und Materialkosten viel teurer sind.

Ich erinnere mich einer Ausführung, die der Herr Präsident des Badischen Landtags unlängst oben im Haushaltsausschuß gemacht hat. Er hat darauf hingewiesen, daß der badische Staat dadurch, daß er den persönlichen Aufwand für die Lehrer übernommen hätte, große Lasten auf sich genommen habe, die in anderen Ländern nicht so hoch wären. Ich gebe das zu. Auf der anderen Seite möchte ich aber darauf hinweisen, daß gerade die Gemeinden, denen der sachliche Aufwand obliegt, durch die finanzielle Not in Schwierigkeiten gekommen sind, hauptsächlich die kleineren und mittleren Gemeinden, die dazu noch in die Lage versetzt sind, einen Schulhausneubau vorzunehmen, absolut nicht in der Lage sind, die Lasten zu tragen.

Ich möchte bitten, daß die 100 000 Mk., die wir weiter bewilligt haben, hauptsächlich zunächst für die dringendsten Bedürfnisse der kleineren und mittleren Gemeinden überwiesen werden. Andererseits aber möchte ich bitten, daß, soviel es in der Macht des Kultusministeriums liegt, Gesuchen, die in der Beziehung an das Ministerium gehen, in weitgehender Weise Rechnung getragen wird.

Minister Dr. Leers (Sp. 2194):

Es ist eine solche Fülle von Anregungen im Laufe der letzten Erörterungen gegeben worden, daß es wohl sicher auch Ihre Geduld zu sehr in Anspruch nehmen müßte, wenn ich auf alles hier eingehen würde. Ich darf im allgemeinen sagen, daß ich sehr gerne bereit bin, alle diese Anregungen zu prüfen und zu sehen, inwieweit sie im Dienst der Schule verwertet werden können. Ich darf mich deshalb auf einzelnes beschränken, ohne damit sagen zu wollen, daß die anderen Wünsche bei uns unbeachtet geblieben seien.

Wenn erwähnt worden ist, daß in manchen Volksschulklassen, auch der unteren Jahrgänge, Dinge gelehrt werden, die nach der Auffassung der Herren nicht hingehören, so kann ich bei den angeführten Fällen nur sagen, daß sie auch nicht den Lehrplänen entsprechen, und daß wir dankbar sind, wenn wir von solchen Fällen erfahren, um die zuständigen Kreisschulämter darauf aufmerksam zu machen, daß sie da nach dem Rechten sehen.

Abg. Frau Fischer (S. D. P. Sp. 2198):

Die Ausführungen des Herrn Abg. Hertle veranlassen mich, als Frau das Wort kurz zu ergreifen, denn es hat aus seinen Ausführungen sehr deutlich herausgeklungen, daß leider heute die Frau noch nicht die gleichgeachtete, gleichwertige Stellung errungen hat, wie der Mann, denn sonst hätten Sie nicht sagen können, daß man nur Lehrer auf das Land nehmen soll. Ich möchte aber hoffen, daß die Leistungen unserer Frauen als Lehrerinnen so mustergültig sind, daß sie als vollwertig angesehen werden können, und draußen auf dem Land die Herren Bürgermeister und die übrigen Gemeindeglieder die Frau ebenso gerne als Lehrerin sehen und ihr die Kinder zur Erziehung anvertrauen, wie dem Lehrer.

Abg. D. Mayer (D. N. Sp. 1965):

Ein Wort der Anerkennung, ich glaube das sagen zu können, für die Fertigstellung unseres Volksschullesebuches, das ja nun in seinen verschiedenen Teilen vollendet uns vorliegt. Ich spreche etwas aus, was jedermann ohne weiteres sich selber sagen wird, daß es für eine gemischte Schule nicht ganz leicht ist, ein Volksschullesebuch herzustellen. Es gehört dazu ein großes Maß von Objektivität und auch von Feinsinnigkeit. Nach allem, was ich höre und selber gesehen habe, scheint mir diese Arbeit bei uns in Baden im ganzen gelungen zu sein, und darüber können wir uns nur freuen, um so mehr freuen, als ja das Volksschullesebuch so ein Buch ist, das auch durch das spätere Leben mit einem geht, jedenfalls gehen soll und es ist wünschenswert, daß auch in späteren Jahren es wieder in die Hand genommen werden soll. Ich glaube, Herr Dr. Schofer ist in dieser Beziehung ganz mit mir einverstanden (Abg. Dr. Schofer: Ich wollte das selber sagen, ich habe es aber mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit auslassen müssen. Herr Dr. Hellpach hat auch ein schönes Lob in seinem letzten Buch). . . .

Abg. Bock (K. P. Sp. 2018):

Der Geist der Volksschule ist der Geist des soviel gelobten Volksschullesebuches. Der Geist, der im Volksschullesebuch niedergelegt ist, ist die Pflege des Monarchismus, die Pflege des Nationalismus, die Pflege des Jungtums, die Pflege der guten alten Zeit (Verschiedene Zurufe rechts, u. a.: Unglaublich!). Sie irren, wenn Sie glauben, daß ich es nicht gelesen habe; aber sehr gründlich habe ich es gelesen. Es fängt an mit einem Gebet, es geht durch die „schöne gute alte Zeit“, es sind alle die Geister, die Ihnen hehr sind aus der Vergangenheit, aus der Zeit der Monarchie, ein Geist von gestern. . . . (auf Zuruf): aber nicht der Geist von morgen. (Zuruf des Abg. Heinrich). . . . Regen Sie sich nicht auf, Herr Heinrich, die Wirklichkeit werden Sie nicht überbieten. Tatsachen bleiben Tatsachen (Abg. Heinrich: Sie haben das Buch nicht gelesen! — Zuruf des Abg. Seubert). Vielleicht malt sich die Welt in Ihrem Kopf anders, vielleicht finden Sie keine Brücke, wo ich auch Ihre Stellung begreife. Aber das Volksschullesebuch zu loben als etwas, was dem Heute, dem Morgen entspricht, das ist deshalb schon unsinnig, denn wenn es dem Morgen entsprochen hätte, dann hätte der Herr Abg. Mayer von der Deutschnationalen Volkspartei vor wenigen Tagen es nicht obendrein gelobt, dann hätte er es verabscheuungswürdig gefunden und hätte gefordert, daß es schnell ersetzt werde, um in seinem Stil zu sprechen: „durch die bewährten Bücher, die man vor der Revolution in den Schulen mit Erfolg verwendet habe.“

Abg. Großhans (S. P. D. Sp. 2214):

Wenn Sie sich ein Bild darüber verschaffen, was auf dem Gebiet der Jugendpflege im einzelnen sowohl vom Staate — also aus Mitteln des Landes — als von den in Betracht kommenden Vereinigungen geleistet wird, dann werden Sie alle mit mir darin übereinstimmen, daß diese Zuwendungen eben doch herzlich wenig bedeuten, daß sie fast nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein darstellen.

Da und dort wird ja schon die Frage aufgeworfen, ob denn nicht überhaupt auf dem Gebiet der Jugendpflege zu viel getan werde. Um diese Auffassung zu berichtigen, haben wir nur nötig, einmal das Jugendherbergewesen ins Auge zu fassen. Wer sich über diese Seite der Jugendpflege unterrichtet, der wird mit mir aussprechen, daß es hier sich doch um eine für unsere Jugend außerordentlich segensreiche Einrichtung handelt, die wir nicht mehr missen möchten: Es ist eine Einrichtung, ohne die heutzutage ein Wandern unserer Jugend nicht mehr denkbar wäre.

Abg. Dr. Wolfhard (D. D. P. Sp. 2216):

Aber das Ziel, das auf diesem Gebiet erreicht werden soll, sind wir doch alle einig, daß man der Förderung der Jugendpflege durch die Errichtung von Jugendherbergen und Landheimen, Spiel- und Turnplätzen entgegenkommen muß. Es ist eine Pflicht von Reich, Staat und Gemeinden, hier fördernd einzugreifen. Es ist sehr bedauerlich, daß der Betrag für Jugendpflege und Leibesübungen nicht erhöht werden kann. Aber wir müssen uns zur Zeit hier der schweren Finanznot beugen und müssen in Gottes Namen sehen, wie wir mit den vorgesehenen Mitteln durchkommen. Vielleicht versucht man, daß im Nachtragsetat mehr Mittel eingestellt werden.

Abg. Behringer (D. N. Sp. 2217):

Ein kurzes Wort zu den Badischen Lichtspielen. Es sind hier 12 000 M. eingesetzt als Beitrag für die Badischen Lichtspiele. Die Badischen Lichtspiele wurden seinerzeit gegründet, um der unliebsamen Entwicklung der deutschen Filmindustrie entgegenzuwirken und volkserzieherisch zu wirken. Die Badischen Lichtspiele haben vor kurzem einen Jahresbericht herausgegeben, in dem sie nach-

weisen, daß sie jetzt weit mehr in der Lage sind, draußen Propaganda zu machen und den Schulen Filme vorzuführen. Dazu sollen die Mittel sein.

Abg. Dr. Schofer (S. Sp. 1944): Dann hätte ich noch eine Bitte und diese geht dahin, man möge doch dafür sorgen, daß die Pflege der Heimatkunde noch in weiterem Umfange ermöglicht wird. Der Verein für Heimatkunde hat außerordentlich Großes geleistet, ebenso einzelne Lehrer durch Schaffung von heimatkundlichen Büchern. Wenn sie auch nicht in allweg voll auf der Höhe stehen, sind es doch anerkanntswerte Leistungen, und ich kann nur wünschen, daß auch auf religiösem Gebiet die Heimatkunde literarisch wie auch in der Schule vorwärts getrieben wird. Jedenfalls ist hier, was man an Mitteln aufwendet, im Dienste der deutschen Kultur und unseres Volkes gut angewendet.

(Sp. 2266): Ein zweites. Es ist erfreulich — ich habe das jüngst gesagt —, daß namentlich Volksschullehrer sich der Heimatkunde literarisch zuwenden. Diesen Anfang begrüße ich und ich bitte den Herrn Minister, er möge soweit er die Mittel hat, gerade diese Bestrebungen der Volksschullehrer unterstützen. Ich würde es begrüßen, wenn parallel damit die religiöse Volkskunde gepflegt werden könnte und damit ein gutes Stück Heimatkunde wieder geschaffen würde und damit ferner die Fundamente der Heimatliebe und eines echten Patriotismus gelegt würden. Wir haben eine Menge von Möglichkeiten, um nicht nur im Texte, sondern auch im Bilde diese Dinge dem einfachen Volke nahebringen und damit ein Stück Volksaufklärung und Volksschulung und bodenständigen Patriotismus zu leisten und zu pflegen. Dieses Volkstum ist die Grundlage für unsere Arbeit am Wiederaufstieg und für eine bessere Zukunft unseres Volkes und gehört zum Wichtigsten und Bedeutungsvollsten, und ich kann es nur begrüßen, wenn das Unterrichtsministerium als zuständiges Ministerium die wenigen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, hier in die richtigen Kanäle leitet (Beifall beim Zentrum).

### Schulaufsicht.

Abg. Haebler (S. P. D. Sp. 2176): Man hat in Baden in den letzten Jahren eine neue Organisation der Schulämter durchgeführt insofern, als die Ämter sich immer mehr und mehr erweitert haben, die Schulverwaltungsbezirke wurden z. T. zusammengezogen und die Ämter zu solchen mit ersten und oft mehreren zweiten Beamten ausgebaut. Ich bin nun der Auffassung, daß sich diese Reform in der Praxis bewährt hat, daß man also an den großen Ämtern als Verwaltungseinrichtung festhalten soll; dagegen scheint es mir notwendig zu sein, in der Verteilung der Funktionen auf die einzelnen Beamten etwas anders organisatorisch vorzugehen, als das vielfach der Fall ist. Es erscheint aus dem Wesen der Schulaufsicht heraus nicht angängig, daß der erste Beamte sich verpflichtet fühlt, jede Kleinigkeit, die vom Schulrat angeordnet wird, nachzuprüfen, selbst zu unterzeichnen, selbst Erhebungen vorzunehmen neben den Erhebungen des Schulrats. Das erzeugt eine außerordentliche Umständlichkeit im Geschäftsbetrieb, führt zu andauernder Vergrößerung des Schriftverkehrs, und es entsteht dadurch ein bürokratischer Apparat, über den sich auch manche Gemeinden beklagen.

Die richtige Form der Einteilung wäre wohl die, daß jeder Aufsichtsbeamte seine bestimmten Orte, seine bestimmten Lehrer zugewiesen bekommt, und daß er im Rahmen dieser Arbeit eine möglichst weitgehende Selbständigkeit hat. Deshalb wäre zu wünschen, daß jedem Schulrat ein landschaftlich abgeschlossener Bezirk zugeteilt wird und daß er sämtliche Dienstgeschäfte seiner ihm zugeteilten Schulen zu erledigen hat, soweit eben nicht der allgemeine Charakter einer Weisung eine einheitliche Regelung für den ganzen Schulkreis bedingt. Das ist auch deshalb notwendig,

weil die Autorität des Schulaufsichtsbeamten, vor allem dem Bürgermeister gegenüber und den Gemeinderäten gegenüber, aber auch der Lehrerschaft gegenüber doch im wesentlichen davon abhängt, wie weit die praktische Verfügungsgewalt eines Beamten geht. Ich kann mir denken, daß ein Schulaufsichtsbeamter bei einem Bürgermeister außerordentlich wenig erreichen wird, wenn er ihm bei jeder Gelegenheit sagen muß: Ja, Herr Bürgermeister, das kann ich jetzt nicht entscheiden, da muß ich zuerst die Genehmigung des Herrn Oberschulrats einholen. Ich meine, hier liegt ein sehr wesentliches Interesse nach der Richtung einer rascheren Abwicklung der Dienstgeschäfte vor, und es wäre wünschenswert, wenn das Ministerium nach dieser Seite hin einmal, im Benehmen mit dem Kreis der Aufsichtsbeamten, eine Neuordnung treffen könnte.

Das Amt Mannheim-Land ist bekanntlich seinerzeit aufgehoben worden und dem Kreis Schulamt Heidelberg angeschlossen worden. Ich bin der Auffassung, daß es technisch, aber auch finanziell erwünschenswert wäre, wenn man das Kreis Schulamt Mannheim wieder errichten würde.

Abg. Frau Richter (D. N. Sp. 2179): Weiter möchte ich für Heidelberg die Bitte aussprechen, daß wir doch zu dem Stadtschulrat einen zweiten Beamten als Schulrat bekommen, und wenn heute vormittag wiederholt zwischen Freiburg und Heidelberg Vergleiche gezogen wurden, möchte ich zu meiner Forderung das selbe tun und folgendes feststellen: Wir haben in Heidelberg an der Volksschule 7328 Schüler, in Freiburg 6259 Schüler, an der Fortbildungsschule in Heidelberg 1522 Schüler, in Freiburg 1284 Schüler. Lehrkräfte haben wir in Heidelberg an der Volksschule 265, in Freiburg 182, an der Fortbildungsschule in Heidelberg 18, in Freiburg 16. Ich bin der Ansicht, daß wir damit Anspruch erheben können, als Unterstützung unseres Stadtschulrates ebenfalls als nächsten Beamten einen Schulrat zugebilligt zu bekommen, wie Freiburg ihn hat und wie Karlsruhe bereits an die Forderung eines zweiten Schulrates denkt.

Abg. Hofheinz (D. d. P. Sp. 2180): Auch für uns steht die Frage der Leistungsfähigkeit der Schule im Vordergrund. Wir halten es aber für ganz unwahrscheinlich, daß diese Leistungsfähigkeit weiterhin wesentlich günstig beeinflusst werden kann durch eine weitere Ausdehnung des Aufsichtsapparates. Wir halten nach wie vor daran fest, daß nicht die großen, auf starken bürokratischen Betrieb eingestellten Kreis Schulämter, sondern die kleinen Ämter mit zunächst nur einem Beamten das wirksamste Mittel einer guten Schulaufsicht und Leitung sind. Man überweise jedem dieser kleinen Ämter einen möglichst kleinen Personenkreis von zu beaufsichtigenden Lehrkräften, dann wird der Beamte nicht „Aufsichtsorgan“ werden, sondern das, was er sein soll: pädagogischer und technischer Berater in allen Dingen; dann wird aus diesem Verhältnis eine methodisch-pädagogische Führung herauswachsen, die nach unserer Meinung das Beste ist für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit.

Minister Dr. Leers. (Sp. 2194): Was die Zuständigkeiten und die Geschäftverteilung der Schulräte bei den Kreis Schulämtern und Stadtschulämtern anlangt, so weiß ich ja sehr wohl, daß in dieser Beziehung Wünsche bestehen und immer wieder an uns herantreten. Diese Frage war auch Gegenstand einer längeren Aussprache mit den Kreis- und Stadtschulräten, wobei auch Vertreter der Schulräte zugezogen waren. Ich hatte damals geglaubt, und ich glaube auch heute noch, daß man es möglichst vermeiden sollte, durch eine allzusehr ins Kleine gehende Geschäftsordnung Vorschriften zu machen, und möchte annehmen, daß durch den richtigen Takt und kollegiales Zusammenarbeiten der Herren am besten der Weg gefunden wird, der dem einzelnen die nötige Bewegungsfreiheit gibt und eine flotte Abwicklung der Geschäfte ermöglicht. (Fortsetzung folgt.)